Nr. 186.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 11. August 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

„National".

Wir Sozialdemokraten sollen nicht national sein! Es liegt ein Vorwurf darin; ja eine Anklage. Nun, wenn ein Knabe einem Mann sagt: Du kannst nicht in den Mond fliegen, so ist das auch ein Vorwurf. Aber ein Vorwurf, der unvernünftig ist und über den der vernünftige Mensch lacht. Genau so unvernünftig ist jener Vorwurf. Wir sind nicht „national". Ja, was soll denn das heißen? Daß wir nicht zu dem gehören, was sich die deutsche „Nation" nennt? Aber dazu gehören wir doch ebenso gut, wie die, welche uns vorwerfen, daß wir nicht „national" seien. Und wenn das Wort „national" diesen Sinn hat, dann ist der Vorwurf, wir Sozialdemokraten seien nicht „national", ebenso sinnlos wie der Vorwurf, wir athmeten nicht, wir hätten keinen Mund, keine Augen u. s. w.

Das ist es auch nicht, was mit dem Vorwurfe gemeint wird. Es ist etwas ganz anderes, und was es ist oder sein soll, wird angedeutet durch die Hauptwörter, welche am häufigsten mit dem Eigenschaftswort „national" verbunden werden. Sie lauten: „Gesinnung", „Bestrebungen" und ähnliches. Die „nationale Gesinnung" wird uns abgesprochen — unsere Bestrebungen sollen nicht „national" sein. Das bringt uns auf die Spur. Nicht um die Zugehörigkeit zur „Nation" als dem Inbegriff der den Staat bildenden menschlichen Einzelwesen handelt es sich, auch nicht um die Zugehörigkeit zu einer bestimmten „Nationalität" innerhalb einer Nation oder eines Staates — das, worum es sich handelt, ist die Gesinnung, sind die Bestrebungen. Und jetzt sind wir nicht blos auf der Spur, sondern auch gleich bei der Wahrheit.

Der Vorwurf, wir Sozialdemokraten seien nicht „national", heißt ganz einfach: wir hätten eine andere Gesinnung und andere Bestrebungen als die, welche den Vorwurf machen. Und daß engherzige und beschränkte Menschen von jedem Mitmenschen verlangen, er solle denken und wollen wie sie, und jeden, der das nicht thut, hassen oder verachten, das ist eine alte Geschichte — so alt wie menschliche Engherzigkeit und Beschränktheit. Kurz, wir Sozialdemokraten haben eine andere Gesinnung und andere Bestrebungen als die, welche uns für nicht „national" erklären. So aufgefaßt ist der Vorwurf zwar albern, doch nicht sinnlos. Freilich er macht von einer Fälschung Gebrauch und ist deshalb nicht ehrlich, sogar nicht ehrenhaft. Denn das Wort „national", welches von Haus aus einen guten Klang hat, ist an stelle eines Wortes mit sehr schlechtem Klang gesetzt — des Wortes reaktionär, oder an stelle von Worten ähnlichen Inhalts wie: junkerlich, agrarisch, knechtselig, liebedienerisch, habgierig, ausbeuterisch u. s. w. durch die ganze Tonleiter der Wünsche und Ziele derer, die uns die „nationale" Gesinnung absprechen.

Die Falschmünzer, die das anrüchige und minderwerthige Wort „reaktionär" in das Wort „national" umgeprägt und das falsche Geld in Umlauf gesetzt haben, sind die regierenden Reaktionspatrioten, die vor wenigen Tagen in Bismarck ihr Haupt verloren haben: die bekannte „kleine, aber mächtige Partei" der Krautjunker, denen sich das Schlotjunkerthum sammt sonstigem kapitalistischen Anhängsel zum Raubzug gegen die Taschen des arbeitenden Volkes zugesellt hat — jene Handvoll Menschen, nach der Statistik nicht eine halbe Million Deutscher, die sich einbilden, die ganze Nation zu sein. Das: der Staat bin ich! des französischen Sonnenkönigs hat sich bei unseren Kraut- und Schlotjunkern zur modischen Formel entwickelt: Die Nation sind wir! Und wer nicht will, wie wir wollen, ist nicht national. Nichts kann folgerichtiger sein, wenn man sich auf den Junkerstandpunkt stellt und die Junkerlogik annimmt.

Nach Bismarck's, des Oberjunkers Tod war das recht deutlich zu sehen und zu hören. Die „ganze Nation" trauerte. Die „ganze Nation" war im innersten Herzen getroffen. Die „ganze Nation" war trostlos, denn sie hatte ihren größten, liebsten Helden verloren. Die „ganze Nation" war empört, daß die verwünschten Reichsfeinde nicht mitjammerten und klagten um den großen, größten und allergrößten — allerbesten, allerweisesten, allerkühnsten 2c. 2c. 2c. „Nationalhelden!" So war in allen „nationalen" Zeitungen zu lesen. Und wenn man nun zusieht, wer ist „die ganze Nation?" Die halbe Million der Brotvertheuerer, Staatsbettler, Schienenflicker, Staatsstreichprediger, Judenhetzer, Scheiterhaufenbrief-Schreiber, und wer sonst noch die Drohnen sind, die von der Arbeit anderer leben und den Staat als Versorgungsanstalt für sich, als Arbeitshaus für das unreife Volk und als Zuchthaus für die Störenfriede der patriarchalischen Ordnung betrachten. Und die übrigen 52 Millionen — denn Deutschland zählt jetzt doch etwa 52½ Millionen — und die übrigen 52 Millionen, die von der halben Million Drohnen nicht ausgebeutet und nicht vergewaltigt sein wollen, sie sind nicht „national". Die Nation ist nicht „national". „National" ist nur, was über Nacht nach Kamerun, oder auf den Stern Venus gehext werden könnte, ohne daß es in Deutschland irgend ein Mensch merkte — oder anders merkte als ein Lastthier, dem durch einen glücklichen Zufall die Bürde abgerutscht ist.

Das Gerede von „nationaler" Gesinnung, „nationalen" Bestrebungen hat heutzutage überhaupt keinen Sinn mehr. Die Zeiten sind vorbei, wo die Völker von innen heraus, um den ökonomischen Anforderungen des Kapitalismus zu entsprechen, „nationale" Großstaaten schufen. Das „Nationale" der staatlichen Gemeinschaft verlor seinen Inhalt im Augenblick, wo die bürgerliche Gesellschaft sich in Klassen zerspaltete, so daß innerhalb jeder staatlichen Gemeinschaft zwei Nationen sich herausbildeten, die einander weit schroffer entgegenstehen, als die verschiedenen sogenannten „nationalen" Staaten. Der „nationale" König Stumm begrüßt in seinem französischen Reßsguier einen Bruder, im nationalen deutschen Arbeiter, der ihm nicht blind glaubt und gehorcht, erblickt er einen Feind.

Und doch ist dieser schmalstirnige Herr entrüstet, daß wir nicht „national" sind!

Gewiß, die Zusammengliederung der Menschen in große staatliche Gemeinwesen war eine ökonomische Nothwendigkeit.

Deutschland — um in der Heimath zu bleiben — konnte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ohne Einheitlichkeit der Maaße und Gewichte und des Geldes, ohne Beseitigung aller Zoll- und Verkehrsschranken im Innern nicht auskommen. Die gegenseitige Abschließung der Familien, der Dörfer, der Städte, der Kreise, der Provinzen und Stäätchen im Staat war nur möglich in den Zeiten des Kleinhandels und Kleinbetriebes. Mit dem Großhandel und Großbetrieb mußte diese Abschließung der Zwergwirthschaft verschwinden. Allein, was hat das mit „nationaler" Gesinnung und „nationalen" Bestrebungen zu thun? Nichts. Aber auch garnichts. Die Amerikaner haben die wirthschaftliche Einheit und viel besser als wir, und die Vereinigten Staaten, dieser Kehrichthaufen aller möglichen Nationalitäten der Welt, sind von ihrem Ursprung an eine lebendige Verhöhnung des „nationalen Staats" gewesen.

Genug — so weit das Gerede von „nationaler" Gesinnung und „nationalen" Bestrebungen nicht gedankenlose Phrasenmacherei ist, ist es reaktionäre Wortfalschmünzerei.

Wir Sozialdemokraten kennen nur eine Menschheit, die aber durch den Klassenkampf der kapitalistischen Gesellschaft in zwei Nationen getheilt ist. Dieser Zwietheilung und diesem Zwiespalt wird durch die von uns erstrebte sozialistische Organisation der Arbeit ein Ende gemacht. Die heute noch herrschende Kapitalistenklasse, die den Klassenkampf hervorgerufen und proklamirt hat, sucht ihn unter hohlen Schlagwörtern zu verdecken, und giebt ihre Sonderinteressen für die Interessen des gesammten Volkes aus. Um das Volk zu täuschen, mißbraucht sie das Wort „national". Wir lassen uns aber kein X für ein U vormachen — wir reißen den „nationalen" Volksfeinden die Maske ab und bekämpfen, als Vertreter der internationalen Nation des Proletariats die internationale Nation der Bourgeoisie so lange, bis der Kapitalismus überwunden und die gesammte Menschheit nur noch eine Nation ist.

Der erste Akt.

Nach langen Berathungen hat nun doch endlich der spanische Ministerrath die schon seit mehreren Tagen erwartete Antwortnote auf die amerikanischen Friedensbedingungen fertiggestellt und durch Vermittelung des französischen Botschafters dem Präsidenten der Vereinigten Staaten überreicht. Der Wortlaut der Antwort ist zur Zeit noch nicht bekannt, doch lassen die kurzen telegraphischen Meldungen über den Inhalt der Note deutlich erkennen, daß die spanische Regierung die von den Vereinigten Staaten gestellten Präliminar-Bedingungen in allen wesentlichen Punkten acceptirt. Sie willigt ein, den Vereinigten Staaten Portorico nebst Pertinenzien, sowie eine der Ladronen-Inseln abzutreten, erkennt Kuba als selbständigen Staat unter nordamerikanischem Schutz an, verzichtet auf die Oberhoheit in den westindischen Gewässern und erklärt sich bereit, die Frage der künftigen Regierung der Philippinen einer aus spanischen und nordamerikanischen Delegirten gebildeten Kommission vorzulegen. Damit ist das baldige Ende des Krieges besiegelt, denn die weiteren, in der spanischen Antwortnote nicht berührten Forderungen der Regierung der Vereinigten Staaten sind im ganzen von sekundärer Bedeutung und werden schwerlich, ebenso wenig wie die noch zu vereinbarenden Arrangements bezüglich der Räumung Kuba's und Portorico's seitens der spanischen Behörden und Truppen, zu einem Rücktritt Spaniens von den Verhandlungen führen. Nachdem das spanische Kabinet einmal so weit den amerikanischen Bedingungen entgegengekommen ist, können nebensächliche Dinge den Drang, zum Friedensschluß zu gelangen, nicht mehr aufhalten, und über die Geldfragen wird voraussichtlich die amerikanische Regierung mit sich handeln lassen. Wahrscheinlich kommt es schon in den nächsten Tagen zur Einstellung der Feindseligkeiten.

Indeß ist mit diesem Ausgang des spanisch-amerikanischen Konflikts die bunte Tragikomödie, die sich seit einigen Jahren auf Kuba abspielt, nicht schon zu Ende; es schließt nur der erste Akt, der zweite spielt später. Heute schon läßt sich mit ziemlicher Gewißheit voraussagen, daß das Schutzverhältniß zwischen Kuba und seinem „Befreier" nicht von langer Dauer sein wird. Die Vereinigten Staaten werden nur allzubald ihrer Rolle als väterliche Protektoren der kubanischen Freiheitsbestrebungen müde sein. Mit Spaniens Rolle in Westindien ist es allerdings gänzlich vorbei. Es hat in nächster Zeit so viel mit der Ordnung seiner inneren Verhältnisse zu thun, daß es schwerlich Muße zu einer Einmischung in fremde Angelegenheiten finden wird. Seine Finanzen sind durch die mehr als drei Milliarden Pesetas, die ihm die Kämpfe um Kuba gekostet haben, total zerrüttet, so daß die Peseta, die früher höher im Kurse stand, wie der Frank, heute kaum einen halben Franken gilt. Dazu kommt, daß der Krieg die spanische Exportindustrie, speziell die katalonische und balearische, die einst auf den Antillen und Philippinen einen Hauptabsatzmarkt hatte, völlig lahmgelegt hat und es der größten Anstrengungen bedürfen wird, um auch nur einen geringen Theil des früheren Marktes unter den neuen ungünstigeren Umständen wiederzugewinnen.

Dagegen fängt die eigentliche Rolle der Vereinigten Staaten in Westindien erst an. Möglich, daß in der Bevölkerung Kuba's nach all' den Stürmen und Aufregungen der letzten Jahre sich zunächst ein gewisses Ruhebedürfniß geltend macht und deshalb das Land vorerst trotz der Verstimmung in den Reihen der Aufständischen von größeren Unruhen verschont bleibt; aber lange wird dieser Zustand sicherlich nicht anhalten. Die Geschichte aller süd- und zentralamerikanischen Staaten nach ihrer Abwerfung des spanischen Joches bietet uns ein Bild stetigen inneren Haders, unterbrochen durch gelegentliche Aufstände und Meutereien, — und mehr als in allen diesen „Freistaaten" haben sich auf Kuba die politischen Gegensätze zugespitzt.

Daß man die sittlichen Qualitäten der kubanischen Insurgenten nicht zu hoch einschätzen darf, haben die nordamerikanischen Truppenführer und Berichterstatter in der kurzen Zeit ihres Aufenthalts auf der Insel zur genüge erfahren. Gewiß finden sich auch unter den Aufständischen manche von den besten Absichten geleitete Männer, die das Leid ihres Vaterlandes in den Kampf getrieben hat, aber der größere Theil der sog. Führer zählt — darüber können alle schönen Phrasen nicht hinwegtäuschen — zu jener auf dem Sumpfboden der spanisch-amerikanischen Republiken so trefflich gedeihenden Spezies politisirender Abenteurer, die in der Erwerbung politischen Einflusses nur ein Mittel zur Bereicherung sehen. Diesen Elementen freie Bahn zu geben zur Bethätigung ihres politischen Thatendranges ist unmöglich, und so wird es auch in der jungen „kubanischen Republik" nicht an fortwährenden Intriguen, Anzettelungen und Putschen fehlen, die in der durch die Leidenschaften des Bürgerkrieges aufgewühlten, durch Rassengegensätze getrennten Bevölkerung stets auf Unterstützung rechnen können. Das Ende wird sein, daß die Vereinigten Staaten, gedrängt von den Kapitalinteressen, schließlich Kuba ebenso wie Portorico ihrem Besitz einverleiben. Schon heute ist auf Kuba eine starke Strömung für die Angliederung der Insel an die Union vorhanden. Nicht nur der größere Theil der auf Kuba ansässigen Nordamerikaner, sondern auch die meisten fremden Kaufleute würden es gerne sehen, wenn die Union direkt zur Annektion schreiten wollte. Selbst unter den spanisch Gesinnten giebt es viele, welche die Annektion einer Selbstverwaltung der Insel vorziehen, da sie die Rache der Aufständischen fürchten. Können sie nicht spanisch bleiben, dann ist es ihnen lieber, die Vereinigten Staaten übernähmen direkt das Regiment, als daß es in die Hände ihrer Widersacher fällt.

Einmal im Besitz der wichtigsten Antillen, wird aber die Konsequenz der Thatsachen die Union zu immer weiteren Annektionen treiben. Denn das erwerbslustige Yankeethum wird sich schwerlich auf die ruhige Exploitation des Erbeuteten beschränken, sondern die in Besitz genommenen Inseln gewissermaßen nur als Stützpunkte benutzen, um von dort aus seine Geschäfts- und Interessensphäre immer weiter auszudehnen. Und in diesem Bestreben muß es bei den unsoliden sozialen Verhältnissen in den zentralamerikanischen Staaten unvermeidlich bald hier, bald dort zu Konflikten und zu Gefährdungen amerikanischer Kapital- und Handelsinteressen kommen, die immer wieder aufs neue ein Einschreiten der Union zu gunsten der „bedrängten Interessenten" nöthig machen werden.

Als Spanien kürzlich zuerst seine Neigung zu Friedensverhandlungen bekundete, wußten eine Reihe größerer deutscher Blätter allerlei über eine einflußreiche konservative, aller Eroberungspolitik feindlichen Strömung in den Vereinigten Staaten zu berichten, die in der Person des Staatssekretärs Day auch im Kabinet ihren Vertreter haben sollte. Die seitdem bekannt gewordenen, nicht gerade übermäßig bescheidenen Friedensbedingungen der amerikanischen Regierungen, die während der Verhandlungen im Kabinet unter Assistenz Day's immer höher hinaufgeschraubt wurden, haben deutlich genug gezeigt, was Wahres an diesen Meldungen ist. Daß einem Theil der älteren Politiker die jetzigen Annektionsgelüste, wie sie speziell im Senat hervortreten, mit den alten politischen Ueberlieferungen nicht vereinbar erscheinen, ist richtig; aber ebenso richtig ist auch, daß diese Richtung seit gut einem Jahrzehnt mehr und mehr an Terrain verloren hat gegenüber einer anderen, welche die Theilnahme der Union an den Fragen der internationalen Weltpolitik verlangt. Speziell zur Betheiligung an dem Kampf um die Ausbeutung Chinas und an den kolonialen Erwerbungen in der Südsee wird schon seit Jahren von den kaufmännischen Korporationen und den Handelsblättern gedrängt. Die kürzlich auch vom „Vorwärts" mitgetheilten Aeußerungen des Präsidenten des Senats-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Mr. Davis, bieten in dieser Hinsicht nur insofern etwas Neues, als sie deutlich zeigen, daß nun auch in die für die auswärtige Politik maßgebenden Kreise der Union die weltmachtpolitischen Pläne Eingang gefunden haben. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die vor kurzem erfolgte Annektion der Hawaii-Inseln, sowie die vom amerikanischen Kabinet erhobene Forderung der Abtretung einer Ladronen-Insel und eines noch näher zu bestimmenden Gebietes auf den Philippinen (in Aussicht genommen ist allem Anschein nach das die Bai von Manila umschließende Gebiet) betrachtet werden. Es sind diese Kolonialerwerbungen die ersten Konzessionen an die annektionslüsterne Expansionspolitik der amerikanischen Großhandelskreise, — weitere werden bald folgen.

So sieht das Ende des 19. Jahrhunderts die Nachkommen derselben Neu-England-Kolonisten, die sich vor etwas mehr als einem Jahrhundert gegen den Druck des englischen Kolonialsystems empörten, nun selbst wieder als Eroberer und Koloniengründer: ein Umschwung, der nur leider auch für uns nicht ohne Folgen bleiben wird; denn unsere deutschen Kolonial- und Flottenschwärmer werden sich schwerlich die Gelegenheit entgehen lassen, aus dem Vorgehen der Vereinigten Staaten neue Gründe für ihre Weltmachtspläne herzuleiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. August.

Für große Forderungen im Interesse unserer ach so theuren und dabei so werthlosen Kolonien wird in der offiziösen Presse nun Stimmung gemacht. So schreibt z. B. der „Hamb. Korresp.":

„Der neue Reichstag wird sich voraussichtlich mehr als sein Vorgänger mit kolonialen Fragen allgemeinen Charakters zu beschäftigen haben, er wird daher auch zu bedeutsamen wirthschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen haben. Nicht mehr auszuweichen ist der Entscheidung über die Eisenbahnen

und andere Verkehrs-Einichtungen, mit denen uns alle Nachbarkolonien vorauseilen. Hierbei kommen nicht solche Eisenbahnen in Frage, wie sie der Gouverneur von Kamerun vorschlägt, um auch die etwas von der Küste abgelegenen Gebiete der Kultur mit Handelspflanzen zu erschließen. Vielmehr müssen wir den Bau großer Bahnen bis ins Zentrum des afrikanischen Kontinents ernstlich ins Auge fassen. Ferner bedarf der Export aus unseren Schutzgebieten weiterer Förderung."

Um was es sich da handelt, sind Forderungen von Hunderten von Millionen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß es trotz der Kolonialfreundlichkeit des Zentrums nicht leicht sein wird, den Reichstag zur Verschwendung so immenser Forderungen zu veranlassen. Für diese Summen, wenn sie überhaupt ohne drückende Belastung der Bevölkerung zu schaffen wären, giebt es reichere Verwendung im Lande selbst. In unseren Kolonien werden diese Gelder aber nicht für fruchtbringend angelegt. Selbst Kolonialfanatiker werden, wenn sie ehrlich und uninteressirt sind, nicht zu behaupten wagen, daß Aufwendungen in der angedeuteten Höhe sich jemals in unseren Kolonien bezahlt machen werden. —

Agrarische Konsequenz. Unter dem Retourchaisen-Titel „Sozialdemokratische Konsequenz" schreibt die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bundes der Landwirthe:

Aus dem Kreise Rastenburg wurde von einem Zusammenstoße deutscher und russischer Arbeiter berichtet, bei dem Messer und Sensen als Waffen benutzt und viele Personen verwundet waren. Der „Vorwärts" ergreift nun diese Gelegenheit beim Schopfe, um sich wieder darüber zu entrüsten, daß man die Russen über die Grenze lasse, um den deutschen Arbeitern Konkurrenz zu machen. „Wo ist die Konsequenz?", so fragt der „Vorwärts" am Schlusse seiner Entrüstungstiraden, und wir möchten dieselbe Frage an ihn richten: Wo ist die Konsequenz? Die sozialdemokratische Partei will angeblich Gleichheit und Freiheit, gleiche Lebensbedingungen für alles, was Menschenantlitz trägt. Tragen die russischen Arbeiter vielleicht nicht Menschenantlitz?

Wir stellen eine Gegenfrage:

Haben die amerikanischen Schweine nicht ebenso zierliche Rüssel wie die deutsch-nationalen Junkerschweine?

Und doch läßt der Bruder Agrarier sie nicht nach Deutschland hinein.

An dem Schutz des nationalen Junkerschweins ist dem Bruder Agrarier also mehr gelegen, als am Schutz der deutschen Arbeiter.

Ist das Konsequenz, „Deutsche Tageszeitung"?

Wir Sozialdemokraten sind konsequent — wir wollen die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, und erblicken auch in den russischen Arbeitern unsere Brüder. Aber dagegen legen wir Verwahrung ein, daß man den deutschen Arbeiter, um dem Junker den Beutel zu füllen, die Lebensmittel künstlich vertheuert und ihn noch obendrein durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zwingen will, dem Junker für noch elendere Hungerlöhne zu arbeiten, als es bisher schon der Fall war. Wir haben nichts dagegen, wenn ausländische Arbeiter bei uns zu gleichen Bedingungen arbeiten wie die deutschen Arbeiter. Die Agrarier sind aber weit entfernt, unter solchen Bedingungen ausländische Arbeiter heranzuziehen, sie führen sie ein lediglich zur Niederkonkurrirung der deutschen Stammesgenossen.

Verstanden, „nationale" „Deutsche Tageszeitung"? —

Billige Freude bereiten den freikonservativen „Berliner Neuesten Nachrichten" die von uns in den letzten Tagen registrirten neuen Bestrebungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Daß freilich zu einer wenn überhaupt möglichen Bekämpfung der Sozialdemokratie die Erkenntniß der wahren Natur unserer Parteibestrebungen und der in unseren Reihen wirkenden Kräfte erste Vorbedingung ist, das haben die Neunmalweisen des Organs der Herren v. Kardorff und Graf Donnersmark noch immer nicht eingesehen. Sie tappen nach wie vor im Dunkeln und sehen in von ihnen falsch verstandenen Nebensächlichkeiten die Hauptursache des Riesenwachsthums und der inneren Stärke unserer Partei. Dies beweist z. B. der folgende rührend naive Satz in den Ausführungen des Blattes:

Das Geheimniß der Macht der Sozialdemokratie liegt nicht in dem Glauben ihrer Anhänger an die Wahrheit ihrer Lehre, ihre Herrschaft über die Massen, es beruht vielmehr auf ihrer Organisation, durch welche sie mit Hilfe wirthschaftlicher Benachtheiligung oder der Anwendung direkter physischer Gewalt einen unerhörten Terrorismus ausübt und zahllose Widerstrebende an ihren Wagen kettet. Sehen Staat und Gesellschaft diesem Treiben thatenlos zu, so fördern sie die Bestrebungen der Umstürzler und laden sich eine schwere Verantwortung für die ernsten Erschütterungen auf, denen Deutschland dann allerdings unabänderlich entgegeneilen würde.

Wie man mit solchen Mittelchen, wenn sie wirklich und allgemein angewandt würden, in einer so hochstehenden Nation wie der deutschen 2½ Millionen Wähler zusammenhalten soll, weiß man freilich blos in der Redaktion der „Berl. N. N."

Freilich, wer derartige Meinungen als tiefe Weisheit seinen Lesern verzapft, der kann auch hoffen, mit den Vereinen und Blättchen, die nun gegen unsere Partei gegründet werden, einer weltgeschichtlichen Bewegung den Garaus zu machen.

Charakteristisch für die Bewerthung der neuesten Sozialistentödterei ist es, daß selbst dieses Organ der schlesischen Grubenbaronie vor allzu starker Scharfmacherei warnt. Es schreibt:

Es ist dabei vor allem vor dem Fehler zu warnen, die Arbeiter ohne weiteres mit der Sozialdemokratie zu identifiziren. Daraus ergiebt sich denn auch die inne zu haltende Linie; thunlichste Verbesserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der Grenzen der Leistungsfähigkeit von Industrie und Gewerbe, ebenso thunlichste Verbesserung der Arbeitsbedingungen in hygienischer Beziehung, aber rücksichtslose Repression alles sozialdemokratischen Unfugs. Wir hoffen, daß diese Ueberzeugung sich mehr und mehr Bahn brechen wird."

Nun beim nächsten sozialdemokratischen Arbeiterschutz-Antrage werden wir ja sehen, wie sich die „Berl. N. N." gegen jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch in hygienischer Beziehung aufbäumen werden. —

Zum russisch-englischen Konflikt schreibt die „Kreuz-Zeitung", nach der „Politischen Korrespondenz", „es sei nicht zu bestreiten, daß die Gegensätze sich in neuester Zeit verschärft hätten, allein es sei zu hoffen, daß auch diese Phase durch die Mittel friedlicher diplomatischer Aktion sich überwinden lassen werde. Das ist freilich ein schwacher Trost. Wer, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, nach dem Riesenfiasko des „europäischen Konzerts" in der kretensischen Angelegenheit, noch an „die Mittel friedlicher diplomatischer Aktion" glaubt, der muß einen Glauben haben zum Berge versetzen. —

• • •

Deutsches Reich.

Die Klagen über unwürdige Behandlung der Soldaten sind alt. Das „Mil.-Wochenbl." veröffentlicht nachstehenden Berliner Parolebefehl, der ungefähr im Jahre 1787 ergangen ist und unter den Papieren von Reinhold Wilhelm v. Essen, gest. 1788 als Generallieutenant und Oberkommandant von Reval, gefunden wurde:

„Jüngst machte der Gouverneur zu Berlin, der Vortrefliche Generalleutenant von Möllendorff bei der Parole, folgenden Befehl bekannt: Seit zwei Jahren, als so lange ich das Gouvernement in hiesigen Residenzien führe, ist eine meiner ersten bemühungen mitgewesen, zur Ehre der Menschheit die Geringschätzige Art der Officiere gegen den gemeinen Mann auszurotten, und muß ich zu meiner Beruhigung und Freude sagen, das ich bei 6 in hiesiger Garnison stehenden Regimentern offenbar die Früchte davon gewahr werde. Nur bey einem Regimente, daß ich bis jetzt noch nicht nennen will, ist die alte auf Irrwegen beruhente einiger Officire, den Gemeinen Mann durch Barbarei, Tirannische Prügelei, Stoßen und Schimpfworte zu seiner Schuldigkeit anzuhalten, so sich solche Verfahrungsart bisher zur Schuld kommen laßen, an, davon abzustehen, und künftig sich zu bestreben, den Gemeinen Mann mehr mit Ambition als mit Tirannei zur Ordnung und Kriegsgeschicklichkeit zu führen, die des Königs Majestät verlangen. Se. Majestät der König haben keine Schlingel, Kanallie, Hunde und Grobzeug u. s. w. im Dienste, sondern rechtschafne Soldaten, welches wir auch sind, denen wir nur blos dies und das ledige Glück höhere Karaktere gegeben, welchem unter dem Gemeinen Mann viele so gut wie wir, vorstehen würden. Ein jeder Officier solte sich fereuen, ein Anführer Ehrliebender Soldaten zu seyn: Das ist aber justement nicht, wenn er diejenigen, deren Befehlshaber er ist, unter so einer geringen Race von Menschen sezt. von Möllendorff.

Wir sind garnicht erstaunt über dieses Aktenstück. Erlasse, wie die des Prinzen Georg beweisen, daß auch am Ende des 19. Jahrhunderts noch Ursachen und Anlässe zu Klagen wie der obigen vorhanden sind. —

Soldaten als Ernte-Arbeiter. Auf die Anfrage des hessischen Landwirthschaftsraths beim Generalkommando des 11. Armeekorps betreffs der Beurlaubung von Soldaten zu den Erntearbeiten hat das Generalkommando nach der „Frankf. Ztg." die Antwort gegeben, daß ein Hinausschieben des auf den 24. September festgesetzten letzten Manövertages nur bis zum 29. September angängig und hierdurch nur ein Aufschub von fünf Tagen möglich wäre, der nicht im Verhältniß zu den außerordentlich umfangreichen Arbeiten stehen dürfte, die eine solche Anordnung für alle betheiligten Zivil- und Militärbehörden erfordern würde. Die Beurlaubung von Soldaten zur Hilfe bei den Ernte-Arbeiten sei lediglich Sache der Regimenter. Den letzteren ist von dem Generalkommando die Anweisung ertheilt worden, derartigen Anforderungen nach Möglichkeit zu entsprechen. Der Präsident stellt den interessirten hessischen Landwirthen anheim, sich im Bedarfsfalle mit Gesuchen um Arbeitskräfte an das Kommando der nächstgelegenen Truppentheile zu wenden.

Alle derartigen Fälle beweisen, daß selbst vom Standpunkte der heute maßgebenden Militärs die Dienstzeit eine noch zu lange ist. Die Beurlaubung der Soldaten zu Ernte-Arbeiten wirkt unseres Erachtens sozial schädlich, weil sie auf die Löhne und damit die Lebenshaltung der ländlichen Arbeiter drückt. —

„Ja, Bauer, das ist ganz was anderes." Der „Reichsbote" hat die Stirn, unsere neuliche Notiz, betreffend die schmutzige Ehebruchs- und Schwindelgeschichte, die in den strengst orthodoxchristlichen Kreisen spielte und mit dem Selbstmorde einer Frau endigte, für unrichtig zu erklären. Ei, ei, nur in einem Punkte waren wir allerdings ungenau — aber zu gunsten des „Reichsboten". Das unglückliche Opfer war nicht die Frau, sondern die Geliebte eines orthodoxen Geistlichen vom Typ des Scheiterhaufenbrief-Schreibers. Es fällt uns nicht ein, das Andenken dieses unglücklichen Weibes im Schmutze herumzuschleifen, wie das der „Reichsbote" mit der unglücklichen Eleanor Marx gethan hat. Es kam uns nur darauf an, die Heuchelei dieser Reichsboten-Sippe zu geißeln, die, den Schmutz vor der eigenen Thüre nicht sehend, Splitterrichterei treibt, und mit zweierlei Maaß mißt. Zum Abschied sei dem „Reichsboten" noch der Rath ertheilt, die Schmutz-Affaire Thümmel hübsch vor Augen und im Auge zu behalten. —

Vom Fall Arons. Die „Staatsbürger Ztg." behauptet, daß der Privatdozent Arons seine für das Wintersemester bereits angemeldeten Vorlesungen an der Friedrich Wilhelm-Universität wieder zurückgezogen habe. Es sei dies auf einen Wink seiner Fakultät, beziehungsweise des Direktors der physikalischen Abtheilung geschehen, indem ihm andernfalls wegen seiner sozialdemokratischen Agitation ein Disziplinarverfahren in Aussicht gestellt worden sein soll.

Dr. Arons ist aus Berlin abwesend, so daß wir Authentisches über diese Meldung nicht feststellen können. Soweit wir Dr. Arons kennen, wird er niemandem die Freude thun, der Anwendung der lex Arons auszuweichen. Nicht er hat dabei zu verlieren, sondern Leute, die sich gerne als Hüter und Pfleger deutscher Wissenschaft aufhochen lassen. —

Offiziell begnadigt worden zu sein scheint der frühere Hauptmann Miller. Wie bekannt wurde dieser Herr, dessen Schrift über Militarismus auch wir besprochen haben, aus dem Heere entlassen. Als er dann später in aller Demuth den Kriegsminister wegen seiner Schriften, in denen er auch das Thema der Soldatenmißhandlungen berührt hatte, um Verzeihung bat, erwähnte der Kriegsminister die plötzliche Sinnesänderung des Herrn Miller triumphirend im Reichstage. Es scheint, als ob die Sinnesänderung des Herrn Miller gute Früchte getragen habe, denn Herr Miller scheint wieder in den Heerverband aufgenommen und zur Disposition gestellt worden zu sein. Wenigstens liegt uns ein von Miller verfaßtes Buch vor „Konradin von Hohenstaufen", als dessen Verfasser „Eduard Miller, Hauptmann z. D." genannt ist. Vielleicht schreibt Herr Miller schnellstens ein Buch über ein noch dankbareres Thema und wird dann General. —

Der Delegirtentag des nationalsozialen Vereins soll in diesem Jahr von Sonntag, den 25. September bis Mittwoch, den 28. September in Darmstadt stattfinden. Als Tagesordnung ist in Aussicht genommen:

Sonntag, den 25. September, abends: Oeffentliche Versammlung.

Montag, den 26. September und die folgenden Tage: Berathungen und zwar 1. Geschäftsbericht — Sekretär Wenck. Diskussion. 2. Politischer Jahresbericht — Pfarrer Naumann. 3. Referat: Das deutsche Kaiserthum — Geh. Hofrath Professor D. Dr. Sohm-Leipzig. 4. Referat: Die Handelsverträge — Professor Dr. von Schulze-Gaevernitz aus Freiburg i. B. und Kaufmann Pohlmann aus Hohenaspe. 5. Referat: Organisation und Agitation. — Sekretär Wenck.

Während die Verhandlungen über Punkt 5 der Tagesordnung vertraulich sein sollen, sind die übrigen Verhandlungen öffentlich.

Charakteristisch für die National-Sozialen ist es, daß sie einen Mann, der für die freisinnige Vereinigung kandidirt hat, den Prof. Schulze-Gävernitz, als Referenten für ihren Parteitag gewonnen haben. Bei den vielen Richtungen innerhalb dieser kleinen Partei braucht das nicht weiter Wunder zu nehmen. —

Von der Wahlfreiheit in Ostelbien. Aus Schwetz wird gemeldet: Wegen Betheiligung an der Wahlagitation für den Kandidaten der Polen ist, wie das „Bromberger Tageblatt" meldet, der Gemeindevorsteher von Linsk durch den Amtsvorsteher seines Amtes entsetzt worden.

Geschenke für Herbert Bismarck. Ueber den Eisenbahn-Salonwagen des Fürsten Bismarck wird folgendes mitgetheilt: „Bekanntlich hat der Verein deutscher Privatbahnen im Jahre 1871 dem Fürsten Bismarck einen prachtvollen Salonwagen geschenkt und gleichzeitig die jederzeitige freie Beförderung dieses Wagens ohne Kontrolle des Inhalts auf den sämmtlichen Privatbahnen des Reiches beschlossen. Diese Vergünstigung wurde gleichzeitig auch von der preußischen Staatsbahnverwaltung und mehreren außerpreußischen Staatsbahndirektionen zugestanden, jedoch nicht von allen. Die Unterhaltung des Wagens (Reparaturen 2c.) übernahm der oben genannte Privatbahnverein ebenfalls. Wie die „Post" nun hört, soll beantragt werden, die bisherigen Bestimmungen über die freie Beförderung und die Unterhaltung des Wagens, der jetzt in den Besitz des Fürsten Herbert Bismarck übergegangen ist, auch fernerhin beizubehalten, um so das Gedächtniß des Altreichskanzlers zu ehren."

Uns ist es unbegreiflich, wie man Herbert Bismarck Freifahrt auf den deutschen Eisenbahnen bewilligen kann. Was beim Fürsten Bismarck einigermaßen verständlich war, bleibt bei seinem Sohne ganz unverständlich. An Dotationen, Geschenken 2c. 2c. hat der verstorbene Staatsmann so viel erhalten, was nun seinen Kindern zufällt, daß wahrlich keinerlei Veranlassung ist, auf Kosten der Steuerzahler dem vielfachen Millionär Herbert Bismarck kleine Geschenke zu machen. —

Köln, 7. August. Ueber die Ausschreitung eines Schutzmanns bringt der „Köln. Stadtanzeiger" eine Darstellung, die ihm, wie er schreibt, von einem angesehenen, ihm persönlich als besonnen und durchaus glaubwürdig bekannten Bürger zugeht. Dieser Gewährsmann sah, wie am 1. August abends auf dem Weidenbach, an der Kaserne, ein Schutzmann einen anständig gekleideten Mann mit der rechten Hand am linken Arme festhielt. Der so Geführte trug in der rechten Hand einen großen, in Papier verpackten Gegenstand, sodaß jede Widerstandsleistung vollständig ausgeschlossen war. Als die beiden am Schilderhause der Kaserne am Weidenbach angekommen waren, sagte der Verhaftete zu dem Schutzmann: „Weshalb haben Sie mich denn eigentlich verhaftet? Lassen Sie mich doch los, ich gehe ja so mit. Sie haben mich nicht zu malträtiren; ich bin auch Soldat gewesen, so gut wie Sie. Ich bemerke Ihnen noch, daß ich mit dem Zuge um 12 Uhr und so und so viel Minuten abfahren muß." Hierauf faßte, so heißt es im Bericht, der Schutzmann seinen Gefangenen mit aller Kraft im Genick und trieb ihn auf diese Weise eine Strecke weiter, auch schlug er ihn ab und zu gegen die Kasernenmauer. Kurz vor dem Eingang zur Friedrichstraße, wo das Abfallrohr vom Dache zur Straße führt, ist eine vorgebaute Ecke. In diese drückte der Schutzmann seinen Arrestanten mit dem Gesicht gegen die Wand und versetzte ihm einige Fußtritte. Unter solchen fortgesetzten Mißhandlungen wurde der Arrestant zum Kommissariat in der Friedrichstraße gebracht. Der Gewährsmann berichtet dann weiter: Ohne ein Wort zu sagen, habe ich die Sache angesehen und ging den beiden auf 8—10 Schritte nach. Als ich an dem Hause des Kommissariats ankam, lagen beide in der im Hausflur befindlichen Treppe, der Schutzmann oben auf und schlug auf den Mann los. Ueber diese ohne bemerkbare Veranlassung erfolgte Mißhandlung empört, ging ich zum Bureau, nannte meinen Namen und erklärte: „Ich trete als Zeuge ein wegen der Mißhandlung." Es waren wenigstens vier Beamte anwesend, wovon mir einer zurief: „Ah, Herr L., machen Sie, daß Sie hinauskommen!" Diese meine Aussage bin ich bereit, zu beschwören. Auch haben außer mir noch andere den Mißhandlungen zugesehen. In erster Linie dürften die beiden zu besagter Zeit auf Posten stehenden Soldaten an der Weidenbach-Kaserne und Friedrichstraße als Zeugen dienen können. Die beiden Soldaten heißen: (folgen die Namen). Der Soldat Sch. erklärte mir heute, als ich mich in Gegenwart des Wachthabenden nach seinem Namen erkundigte, daß der betreffende Schutzmann an demselben Abend gegen 12½ Uhr, als er noch auf Posten gestanden, bei ihm war und auch heute Morgen auf der Wache gewesen sei, um sich seines Zeugnisses zu versichern, er, der Beamte, sei von dem betreffenden Zivilisten mißhandelt worden. Der Gewährsmann hat von dem Vorgange dem kgl. Polizeipräsidium Anzeige erstattet und sich zum Zeugnisse erboten. Die Untersuchung gegen den beschuldigten Schutzmann ist von seiten der ihm vorgesetzten Behörde schon eingeleitet worden. —

Hamburg, 10. August. (Eig. Ber.) Eine von etwa 600 Schlächtermeistern der Städte Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg besuchte Versammlung beschloß am Dienstag Abend, beim Deutschen Fleischerverband den Antrag zu stellen, eine Massenpetition über ganz Deutschland gegen die Viehsperren beim deutschen Reichstag in die Wege zu leiten. Die Petition soll außerdem folgende Forderungen enthalten: Die Einfuhr von Wurst und Büchsenfleisch aus dem Auslande und die Einfuhr von Fleisch, Speck und Schinken, die mit Borsäure, Salicylsäure, Formalin und anderen chemischen Präparaten behandelt sind, ist zu verbieten. Schmalz darf nur als reines Schmalzerzeugniß vom Schwein eingeführt werden. Beschränkende Maßnahmen gegen die Einfuhr frischen Fleisches sind durch Reichsgesetz für alle Stadt- und Landgemeinden gleichmäßig zu erlassen.

Gegen die Hamburger Photographen Wilke und Priester, die bekanntlich nächtlicher Weile ohne Erlaubniß der Familie Bismarck Bismarck's Leiche photographirt haben, hat der Anwalt der Familie Bismarck heute vom Landgericht den Beschluß erwirkt, daß ihnen bei Strafe von 20 000 M. für jeden Uebertretungsfall und bei Androhung sofortiger Verhaftung der Gebrauch der angefertigten Platten verboten wird. —

Das „Hamburger Echo" vom 2. Juli enthielt ein Inserat der Streikleitung der Bäckergesellen, worin eine Anzahl Bäckermeister bekannt gegeben wurden, die die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt hatten und die deshalb boykottirt werden sollten. In einer Berichtigung, die sich auf § 11 des Preßgesetzes berief, verlangte nun die Bäckerinnung vom „Echo", es solle mittheilen, daß in dieser Boykottliste eine Reihe von Bäckermeistern nicht aufgezählt seien, die ebenfalls die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt hätten. Gleichzeitig wurde der, wie sich inzwischen herausgestellt hat, durchaus wahren Behauptung in dem Inserat der Streikleitung entgegengetreten, daß die Bäckerinnung mehrere Meister durch die Drohung, sie werde sie auf Zahlung der in dem bekannten Revers stipulirten Konventionalstrafe von 1000 M. verklagen, zur Zurücknahme der Bewilligung gezwungen habe. Das „Echo" lehnte die Aufnahme dieser Berichtigung ab, worauf der verantwortliche Redakteur Wabersky einen richterlichen Strafbefehl über 60 M. oder 12 Tage Haft erhielt, gegen den er gerichtliche Entscheidung beantragte. Vor dem Schöffengericht erklärte Wabersky, er lehne deshalb die Aufnahme der Berichtigung ab, weil er dem Publikum gegenüber keine Verantwortung tragen könne für die in Inseraten aufgestellten Thatsachen, bezüglich deren ihm ja jegliche Kontrolle fehle. Die Streikleitung habe die Thatsachen aufgestellt und nicht die Redaktion des „Echo's", die deshalb auch nichts widerrufen könne. Das Gericht verwarf aber den Einspruch mit der Begründung, § 11 des Preßgesetzes gelte für die gesammte Zeitung.

Ein bürgerliches Blatt, die Berliner „Volks-Ztg.", charakterisirt die von dem Hamburger Schöffengericht beliebte „Auslegung des Berichtigungsparagraphen" treffend mit den Worten: „Wenn hiernach im Inseratentheil ein Inserent behauptet, er verkaufe die schönsten Schlafröcke, so kann jeder Konkurrent, der seinerseits die schönsten Schlafröcke zu verkaufen behauptet, auf grund des § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung gratis im Inseratentheil verlangen!"

Frankreich.

Paris, 8. August. (Eig. Ber.) Die Generalraths-Stichwahlen — 130 an der Zahl anstatt der ursprünglich berechneten 188 — haben den Radikalen einige 20 neue Sitze und den Sozialisten 10 theils behauptete, theils neugewonnene Sitze gebracht. Die allgemeine Zusammensetzung der Generalräthe erfährt dadurch keine merkliche Veränderung. Die Sozialisten verfügen nunmehr in der erneuerten Hälfte (1424 Mandate, wozu noch 14 Nachwahlen der anderen Hälfte hinzukommen) insgesammt über 34 Mandate — ein Ergebniß, welches, wie bereits nach dem ersten Wahlgang hervorgehoben, sich hinlänglich erklärt durch die Nähe der letzten Kammerwahlen und die schwache Wahlbetheiligung. Im Vergleich mit 1892 beziffert sich der sozialistische Gewinn auf etwa 20 Mandate. Ein Vergleich der Stimmenzahl ist nur für die Guesdistische Arbeiterpartei möglich. Diese hat in der Hauptwahl 1898 rund 153 000 Stimmen erhalten, gegenüber 66 000 Stimmen in der Hauptwahl von 1892. Diese Stimmenzahl umfaßt die Generalraths- und die Bezirksrathswahlen, d. h. ganz Frankreich, mit Ausnahme des Seine-Departements, dessen Generalrath aus den 80 Mitgliedern des Pariser Gemeinde-

rathes und aus 21 gleichzeitig gewählten Vertretern der Pariser Umgegend besteht. Demnach hat die schwache Wahlbetheiligung bei den Departementswahlen bezw. der lokale Charakter dieser Wahlen für die Arbeiterpartei allein im Vergleich mit den Kammerwahlen vom Mai 1898 einen Stimmenrückgang von 212 000 Stimmen bewirkt. Man sieht, wie viel schwieriger für die Sozialisten das Eindringen in die Departementsräthe und damit in den Senat, als in die Deputirtenkammer ist, trotzdem hier wie dort das allgemeine Wahlrecht gilt.

Die alljährliche Kundgebung am Denkmal des am 2. August 1546 verbrannten „Ketzers" Etienne Dolet wurde von der Polizei des feurigen Antiklerikalen Brisson nicht minder brutal behandelt, wie von der Polizei des klerikalfreundlichen Meline. Ja, Meline's Regierung hatte erst 1897 die Dolet-Kundgebung zu verhindern gewagt, als sie bereits fest im Sattel saß. In seinem ersten Regierungsjahre hatte dagegen Meline Reden unter freiem Himmel auf einer neben dem Dolet-Denkmal errichteten Rednertribüne gestattet. Der fürchterliche Freidenker Brisson fuhr gleich mit starker Polizeifaust drein zum Schutze der Nachfahren der Verbrenner von Dolet. Nicht nur wurden Reden verboten, die Manifestanten durften nicht einmal in Masse vor dem Denkmal vorbei marschiren! Das lächerlich-übermäßige Polizei-Aufgebot konnte aber nicht verhindern, daß die Manifestanten, wie immer fast ausschließlich aus Sozialisten bestehend, sehr nachdrücklich die Regierung der radikalen Renegaten und ihre klerikal-chauvinistischen Bundesgenossen mit „Nieder"-Rufen traktirten. Zugleich wurden Hochrufe auf Zola ausgebracht — eine landesverrätherische Kundgebung, welche von der Polizei mit Faustschlägen und Verhaftungen geahndet wurde . . . Rochefort's Lügenblatt rechtfertigt die Gewaltakte der Brisson'schen Polizei, indem es die Hochrufe auf Zola in Hochrufe — auf Deutschland und die Niederrufe gegen Rochefort in solche gegen das Vaterland umlügt. Alles aber, was in der Presse an demokratischen Grundsätzen festhält, speit Verachtung ins Gesicht einer „radikalen" Regierung, welche binnen sechs Wochen die reaktionären Regierungspraktiken eines Meline allseitig durchgemacht hat. —

Paris, 9. August. Der „Soir" meldet, der Untersuchungsrichter Bertulus habe eine Verfügung erlassen, in welcher er den Major Esterhazy und Frau Pays wegen Fälschungen vor die Anklagekammer verweist. Da diese Verfügung mit den Schlußfolgerungen der Staatsanwaltschaft in Widerspruch stehe, so werde ein neuer Konflikt zwischen dem Parket und Bertulus die wahrscheinliche Folge sein. —

Paris, 10. August. Das Appellationsgericht beschäftigte sich heute mit der Berufung, welche gegen das im Verleumdungsprozesse der Schreibsachverständigen gegen Zola am 9. Juli vom Polizeigericht gefällte Urtheil eingelegt worden war. Zola war nicht vertreten. Das Gericht erhöhte die Strafe auf einen Monat Gefängniß, 2000 Franks Geldstrafe und 10 000 Franks Schadenersatz an jeden der drei Schreibsachverständigen. —

England.

London, 9. August. Unterhaus. Curzon erklärt, Macdonald habe am 18. Februar telegraphirt, der deutsche Gesandte in Peking habe eine Zweigbahn nach Tschinkiang beanstandet, weil keine Eisenbahn in Schantung ohne ein Abkommen mit Deutschland gebaut werden könne. Es sei sofort Namens der britischen Regierung Protest in Peking erhoben worden, ebenso bei der deutschen Regierung durch den Botschafter Lascelles. Staatssekretär Staatsminister v. Bülow habe hierauf folgendes Memorandum an die britische Regierung gerichtet: Der Bericht der britischen Regierung aus Peking, der dahin geht, daß Deutschland durch seinen Gesandten in Peking Einwände gegen das chinesische Projekt einer Eisenbahn nach Tschinkiang in Schantung erhoben, und daß diese Einwände auf der Annahme beruhen, daß in der obengenannten Provinz keine Eisenbahn ohne Deutschlands Erlaubniß gebaut werden könne, entspricht nicht den Thatsachen. Ebenso ist die Nachricht unbegründet, daß der Gesandte des Deutschen Reiches in Peking mit ernsten Folgen gedroht habe, falls seine Ansprüche nicht berücksichtigt würden. Die Namens der deutschen Reichsregierung aufgestellte Forderung ging einfach dahin, daß, falls die chinesische Regierung fremde Hilfe wünsche oder erheische, sie in erster Linie der deutschen Industrie und dem deutschen Handel Beschäftigung bieten solle. Die deutsche Regierung beanspruchte ihren Grundsätzen getreu nie ausschließliche Privilegien (Heiterkeit) und machte keinen Versuch, andere Nationen von der freien Konkurrenz in Schantung auszuschließen. — Provand fragt an, ob in der Versammlung fremder Konsuln in Tschifu zum Zweck der Vereinbarung über eine Ausdehnung der Niederlassung daselbst der deutsche Konsul gegen die Ausdehnung protestirt habe, weil sie eine Verletzung der deutschen Rechte in Schantung in sich schließe. Curzon erwidert, das Auswärtige Amt habe keine Information, daß solche Ansprüche vom deutschen Konsul in Tschifu erhoben worden seien. —

Rußland.

Petersburg, 5. August. („N. A. A.") Die russischen Industrie-Arbeiter. Vorige Woche fand in der Wohnung des Oberprokureurs des heil. Synods Herrn Pobjedonosszeff ein Ministerrath statt, an welchem außer dem genannten der Finanzminister Witte, der Minister des Innern Goremykin und der Minister der Landwirthschaft Jermoloff theilnahmen. In kurzer Zeit ist es nun schon das dritte Mal, daß die genannten vier Ressortchefs sich zur Berathung über die nämliche Frage zusammenfinden. Es handelte sich, wie ich erfahre, um die Nothlage der russischen Industrie-Arbeiter. Herr Witte, der diese Lage genau kennt, hat schon früher Vorschläge zu ihrer Verbesserung gemacht. Durchgeführt hat er jedoch nur die Regulirung des Maximal-Arbeitstages und auch hiermit zunächst halbe Erfolge erzielt. Seine Idee, die unglaublich niedrigen Arbeitslöhne durch einen sanften Regierungsdruck auf die Taschen namentlich der industriellen Aktiengesellschaften zu steigern und die obligatorische Alters- und Unfallversicherung nach deutschem Muster einzuführen, stieß auf den entschiedenen Widerstand des Herrn Pobjedonosszeff, der Herrn Witte Neigung zu sozialistischen Experimenten vorwarf und die Besorgniß äußerte, daß die deutsche Sozialdemokratie, ins Russische vergröbert, bei uns heimisch gemacht werden sollte. Inzwischen verschlechtert sich jedoch die Lage und die Stimmung der russischen Arbeiter von Tag zu Tag und in den Industriebezirken treten die Streiks immer häufiger auf, so im Moskauischen, Wladimirischen, in Iwano-Wozkressensk und selbst in Petersburg. Das Ausland erfährt davon, wenn die Streiks nicht gerade riesenhafte Dimensionen annehmen, gewöhnlich nichts, da die Provinzbehörden jede derartige Arbeiterbewegung mit rücksichtsloser Strenge niederhalten. Man bemerkt aber, daß die Streiks trotzdem sich ausbreiten und daß sie gleichzeitig in verschiedenen Gouvernements ausbrechen, so daß an bestimmten Verabredungen der Arbeiter unter sich nicht mehr gezweifelt werden kann. Auch hat Herr Witte im heutigen Ministerrath hierauf bezügliche Mittheilungen über eine schon bestehende straffe Organisation der russischen Industrie-Arbeiter gemacht. Allem dem gegenüber scheint es, daß Herr Pobjedonosszeff die Nothwendigkeit, daß etwas Größeres für die Arbeiter geschehen müsse, einzusehen beginnt, und da Herr Witte auch von den Ministern des Innern und der Landwirthschaft unterstützt wird, so glauben wir, daß er in der Lage sein wird, in der nächsten Session des Reichsraths wichtige Vorlagen zur Verbesserung des Looses der russischen Industrie-Arbeiter einzubringen.

Wir sind im Augenblicke nicht in der Lage, diese Mittheilungen zu kontrolliren. —

Bulgarien.

Eine Militärverschwörung gegen den Fürsten von Bulgarien scheint versucht worden zu sein. Aus Nisch wird über Belgrad das Gerücht verbreitet, zwölf bulgarische Offiziere seien aus Sofia über die serbische Grenze geflüchtet, weil sie an vorzeitig entdeckten politischen Umtrieben betheiligt seien. —

Türkei.

Die Schwierigkeiten für das Sultanregiment mehren sich nun auch in Arabien. Der „Agence Havas" wird aus Alexandrien vom 10. d. M. gemeldet: Direkte Berichte aus Yemen bezeichnen die Lage als eine ernste. Die Araber beunruhigen die Türken. Die Pforte entsendet beträchtliche Verstärkungen; 10 300 Mann sind seit dem Mai nach Arabien abgegangen, davon 6800 im Juli. Weitere Verstärkungen werden unverzüglich erwartet. Die Ruhestörungen sind ernster, als man glaubte. —

Asien.

England in China. Aus London wird telegraphirt: „Die vereinigten Handelskammern haben Lord Charles Beresford mit einer Mission nach China beauftragt. Lord Beresford, der am 24. d. M. abreisen wird, soll über die künftigen Aussichten des britischen Handels und darüber Untersuchungen anstellen, wie weit die chinesische Regierung die Sicherheit des im Innern China's angelegten englischen Kapitals garantiren will." —

Korea hat die Goldwährung eingeführt. —

Afrika.

Der Sudanfeldzug wird nun energisch betrieben werden. Aus Kairo wird heute telegraphirt: Die letzten englischen Truppen sind gestern nach dem oberen Nil abgegangen, um den letzten definitiven Angriff auf Khartum auszuführen. —

Partei-Nachrichten.

In die Redaktion der „Märkischen Volksstimme" in Forst ist auf die Zeit der zweimonatigen Inhaftirung des Genossen Zappay der Genosse Fröhlich, früherer Redakteur der Burgstädter „Volksstimme", eingetreten.

Ueber das Thema „Bismarck und die Sozialdemokratie" hielt Reichstags-Abgeordneter Bebel im großen Saale des Lokals „Zur Eintracht" in Zürich vor einer ungemein zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag. Der „Grütlianer" berichtet darüber:

„Wer erwartet hatte, Bebel werde eine flammende Agitationsrede halten und Bismarck auf dem Scheiterhaufen verbrennen, fand sich stark enttäuscht. Ruhig und klar, mit größter Anschaulichkeit schilderte er in zweistündiger Rede die politische Entwickelung in Deutschland seit fünfzig Jahren, wobei natürlich der Hauptheil auf Bismarck's Wirksamkeit und sein Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie entfiel. Die Darstellung der geschichtlichen Thatsachen war denn auch weit wirksamer als alles Feuer der Rhetorik. Bebel, der wie wenige die meisten Vorgänge aus eigener Anschauung kennt, war es leicht nachzuweisen, daß Bismarck stets darauf ausging, dem Besitz die unbedingte Herrschaft über die großen Volksmassen zu sichern; darum sein mit allen Mitteln geführter Riesenkampf gegen die aufstrebende Sozialdemokratie, der seiner öffentlichen Thätigkeit ein wenig rühmliches Ende bereitete. Die Sozialdemokratie war es, die diesen Abgott der Bourgeoisie besiegte, sie wird auch mit den Nachfolgern fertig werden. Rauschender Beifall der Zuhörer, die bis zum Schluß mit größter Spannung dem Redner lauschten, bewies ihr Einverständniß mit seinen Ausführungen."

Das Nationalkomitee der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei erläßt folgende Bekanntmachung: „Das Komitee bringt zur Kenntniß aller sozialistischen Vereinigungen, daß zufolge eines beinahe einstimmig gefaßten Beschlusses der fünfte Kongreß unserer Partei drei Monate nach Beendigung des Krieges zwischen unserem Land und den Vereinigten Staaten in Madrid abgehalten werden wird."

Die Bekanntmachung zeigt, daß unsere spanischen Genossen gewillt sind, die Konsequenzen aus der veränderten politischen Lage ihres Heimathlandes zu ziehen. Die Agitation der Sozialisten gegen den Loskauf vom Militärdienst und ihre seit Beginn des Krieges trotz aller Verfolgungen eifrig betriebene Friedenspropaganda haben in bisher der Partei fernstehenden Kreisen lebhafte Sympathien für die sozialistischen Bestrebungen geweckt, während andererseits die bis zum letzten Augenblick kriegslustige Haltung der meisten größeren republikanischen Blätter einen großen Theil der Arbeiter, die früher zur republikanischen Partei hielten, arg verschnupft hat. Diese heute noch abseits stehenden, aber dem Sozialismus geneigten Elemente heranzuziehen, das muß die nächste Aufgabe der Partei sein, und hierzu soll der Kongreß die Wege ebnen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter!

Um unsere Verpflichtungen vom 1896er Streik zu erledigen, werden von Sonnabend, den 13. August, ab in den Lokalen von Zubeil, Lindenstr. 106, und Heinrich, Raunynstr. 78, Marken à 10 Pf. an die Werkstatt-Vertrauensmänner ausgegeben. Zur Kontrolle werden Karten zum Einkleben der Marken ausgegeben. Wir erwarten, daß infolge des niedrigen Beitrages **jeder** Kollege sich bei der Sammlung bethätigt. Jeder sorge für schnelle Erledigung der Sache. Die Kollegen von Werkstätten, wo bisher kein Vertrauensmann gewählt ist, werden hiermit aufgefordert, einen Kollegen mit der Sache zu betrauen, und da, wo mehrere vorhanden, haben diese die Pflicht, sich darüber zu verständigen, daß die Sammlung abwechslungsweise vollzogen wird.

Jeden Sonnabend von 8—10 Uhr abends nimmt die Kommission in den oben bezeichneten Lokalen Gelder entgegen. Erwünscht ist es, daß sich die Vertrauensmänner eine Legitimation mitbringen.

Nochmals, Kollegen, zeigt, daß Ihr gesonnen seid, Eure Ehrenschuld abzutragen.

Die öffentliche Kommission der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Vergolder! Die Kollegen der Firma Metlow, Köpnickerstraße 109a, haben die Arbeit eingestellt wegen ausgebrochener Lohndifferenzen. Es wird ersucht, den Zuzug streng fernzuhalten. Morgen, Freitag, findet eine öffentliche Versammlung in den Arminhallen statt. Näheres siehe im Inseratentheil der Freitagnummer. Der Vertrauensmann.

Die Sammelliste Nr. 4 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, deren Ertrag zu gunsten der Tischler Münchens bestimmt ist und auf welcher 1,50 M. gezeichnet sind, ist in Köpenick verloren gegangen. Es wird gebeten, sie an R. Held in Köpenick, Kietz Nr. 4, abzugeben.

Deutsches Reich.

Ueber den Maurerstreik in Frankfurt a. M. meldet die „Volksstimme" unterm 9. August: Der Maurerstreik wird mit einer Ruhe und Präzision durchgeführt, von der sich die Herren Unternehmer wohl nichts haben träumen lassen. Wenn die Herren auf die Uneinigkeit der Maurer gerechnet haben, so haben sie sich diesmal gründlich verrechnet. Die Arbeitsruhe auf den Bauten ist fast vollständig. Auf 219 Baustellen arbeiten im ganzen 81 Parliere, 119 Maurer, 60 Lehrlinge und eine Anzahl Handlanger. Die Thatsache, daß nicht einmal auf allen Baustellen die Parliere arbeiten, ist der beste Beweis, daß unter den Streikenden die größte Einigkeit und Entschlossenheit herrscht. Angesichts dieser Situation haben sich denn auch bereits 21 Firmen (darunter einige größere) zur bedingungslosen Bewilligung der Forderungen bereit erklärt, während 10 andere Firmen die wesentlichsten Forderungen (zehnstündige Arbeitszeit und 45 Pf. Stundenlohn) anerkannt haben und nur bezüglich der übrigen Forderungen einige Ausstellungen machen. Voraussichtlich wird auf diesen Bauten morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Auch die übrigen Unternehmer könnten die Forderungen ohne finanzielle Einbuße bewilligen, wenn sie sich nicht auf den protzigen Unternehmerstandpunkt stellten und mit der von den Arbeitern gewählten Lohnkommission zu unterhandeln ablehnten. Es ist eben der Stumm'sche Geist, der in den Herren steckt.

Die Maurer in der Stadt Braunschweig befinden sich auf mehreren Bauten im Ausstande. Sie fordern den Stundenlohn von 45 Pf., der bei dem letzten Streik noch nicht überall errungen werden konnte. Zuzug ist streng fernzuhalten. Alle Zuschriften und Sendungen sind an Fritz Wagener in Braunschweig, Fallersleberstraße 40, zu richten.

Beim Hamburger Hafenarbeiterstreik wurde von dem dortigen Arbeitgeber-Verband unter Aufwand großer sittlicher Entrüstung die Beschuldigung erhoben, durch die von den Streikenden veranstalteten Haussammlungen würden insbesondere die Geschäftsleute belästigt. Der Senat verbot dann die Sammlungen. Jetzt berichtet das „Hamburger Echo":

„Verschiedene Geschäftsleute haben uns gegenüber Klage geführt, daß die Sammlungen des Arbeitgeber-Verbandes für den sogenannten Streik-Abwehrfonds nahezu an Erpressung grenzen. Wer nichts giebt, komme ins „schwarze Buch" und habe geschäftliche Schädigungen durch die Terroristen des Arbeitgeber-Verbandes zu gewärtigen. Niemand ist vor der „Sammelwuth" der Herren vom Arbeitgeber-Verband sicher. Das Geld wird mittels folgender Zirkulare „eingetrieben":

„Herrn N. N.

Bezugnehmend auf den vorstehenden Aufruf gestatten wir uns, Ihre Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeit des gegenwärtigen Kampfes im Bäckergewerbe zu richten. Es ist dem Gewerkschaftskartell durch den Boykott gelungen, einer ganzen Reihe von Bäckereien die Kunden abspenstig zu machen und sie den sozialdemokratischen Bäckereien zuzuführen. Hierdurch wurde eine große Anzahl von Bäckermeistern und Brotträgern ihrer Einnahmen ganz oder zum Theil beraubt. Soll die Existenz derselben nicht vernichtet werden, soll das Bäckergewerbe als lebensfähiges Handwerk und die sicher mit späteren Boykotts bedrohten übrigen Lieferanten von Lebensmitteln in ihrer Selbständigkeit erhalten werden, so bedürfen wir, um den Kampf zu dem erwünschten und nothwendigen Ende zu führen, recht beträchtlicher Geldmittel.

Wir bitten Sie deshalb, sich mit einem namhaften Beitrag an der Zeichnung für den Streik-Abwehr-Fonds zu betheiligen.

Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona.

Anmerkung: Die Liste der Zeichner dieses Fonds wird als „vertraulich" erachtet und deshalb nicht veröffentlicht. — Von einem öffentlichen Quittiren wird ebenfalls Abstand genommen."

Unser Hamburger Bruderorgan ersucht nun den Senat, sich über diese Sache zu äußern.

In Nürnberg stehen seit 6. August die Former der J. G. Keck'schen Maschinenfabrik und Eisengießerei — an Zahl 30 Mann — wegen Lohndifferenzen im Streik. Die Meldung vom Ausstande der Bauhandwerker bestätigt sich nicht.

Ausland.

Der Streik in den Szastvarer Bergwerken in Ungarn, der vor drei Wochen ausbrach, soll nach bürgerlicher Angabe dadurch beendet sein, daß von den betheiligten 360 Arbeitern 320 wieder um Arbeit nachsuchten, die allen mit Ausnahme der „Rädelsführer" gewährt worden sei.

In Amsterdam sollen, nach einer von bürgerlichen Blättern veröffentlichten Depesche, angeblich 1500 streikende Zimmerleute in eine Fabrik eingedrungen sein, um dort die Arbeitseinstellung zu erzwingen. Die Gendarmerie habe den Platz gesäubert und viele Verhaftungen vorgenommen.

Aus Cardiff wird telegraphirt: Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß eine baldige Schlichtung des Kohlenarbeiterstreiks zu erwarten ist. Die Direktoren und die Arbeiter von der Tredegar Coal and Iron Company und gleicherweise die in Rhymney haben Verhandlungen zum Zweck einer unabhängigen Regelung auf der Grundlage eines Minimallohnes eingeleitet. Man glaubt, ihr Beispiel werde sehr großen Einfluß ausüben.

Die Tapezirer Schottlands sind von einer ausgedehnten Aussperrung betroffen worden. Sie ersuchen deshalb die Fachgenossen des Auslands, den Zuzug zu verhüten. Die von den Unternehmern angeworbenen wenigen Ersatzkräfte werden wieder abreisen.

Soziales.

Von der preußischen Staats-Forstverwaltung wurden im Jahre 1897/98 insgesammt 147 707 Arbeiter beschäftigt, von denen 6229 bei forstfiskalischen Betriebs-Krankenkassen und 40 197 bei Orts-Krankenkassen versichert waren oder der Gemeinde-Krankenversicherung unterlagen. Von ersteren erkrankten 970, von letzteren 2497; die Aufwendungen des Forstfiskus an Beiträgen 2c. betrugen für erstere 18 995,62 M., für letztere 34 118,39 M. Die Gesammtzahl der Betriebsunfälle betrug 1557, wovon 61 tödtlich verliefen: dabei erwuchsen dem Forstfiskus als Betriebsunternehmer 257 112,89 M. Aufwendungen und an Kosten des Heilverfahrens während der ersten 13 Wochen, soweit sie den forstfiskalischen Gutsbezirken zur Last fielen, 11 773,49 M. An freiwilligen Unterstützungen von Waldarbeitern und deren Hinterbliebenen wurden 17 153,76 M. gewährt; an Beiträgen zur Unterstützung von Waldarbeitern an Kassen, die nicht auf grund gesetzlicher Bestimmungen errichtet sind, 30 607,59 M. Außerdem wurden aus dem Gnadenpensions-Fonds 9840,13 M. gezahlt.

In betreff der immer noch nicht aufgeklärten Ursache des gräßlichen Unglücks auf dem Gotthardschachte kursiren in Beuthen und Umgegend einige Mittheilungen, die, falls sie sich bewahrheiten, die ganze Angelegenheit aufzuklären geeignet sind. Nach diesen Mittheilungen, die wir auf ihre Berechtigung hin nicht prüfen können und die wir selbstverständlich nur zu dem Zwecke weitergeben, um zur Ermittelung der Wahrheit etwas beizutragen, nicht aber, um diesen oder jenen Beamten in den Verdacht des leichtsinnigen Umgehens mit Menschenleben zu bringen, liegt die Schuld an dem Unglück an der Unterlassung zweier Vorsichtsmaßregeln.

Unser Korrespondent schreibt:

„Erstens ist es früher üblich gewesen, bei der Befestigung des gekürzten Seiles in der Seilklemme starke Lederstreifen zu verwenden; diese mit eingeklemmten Lederstreifen sollen wesentlich mit dazu beigetragen haben, daß das Herausrutschen des Seiles aus der Klemme verhindert wurde. Die Lederstreifen sollen ähnlich gewirkt haben, wie die jedem bekannte Umhüllung der Schraubenspindel, die nöthig ist, wenn die Schraubenmutter locker geworden ist. Diese Einfügung der Lederstreifen soll nun bei der letzten Neubefestigung des Seiles in der Klemme unterlassen worden sein.

Zweitens war es auf dem Gotthardschacht bisher üblich, daß jedesmal nach der Neubefestigung des Seiles in der Klemme auf der Schale durch die ersten drei Schichten hindurch nur Kohlen, nicht aber Menschen befördert wurden; die Bergleute wurden inzwischen durch einen anderen Schacht an ihre Arbeitsstätten befördert. Erst wenn sich nach den drei Schichten dauernder Kohlenförderung der Seilverschluß als vollständig zuverlässig bewährt hatte, wurden auch die Bergleute wieder in diesem Schachte befördert. Auch die Beobachtung dieser Maßregel soll nun diesmal unterlassen worden sein; sofort nach der Neubefestigung des Seiles in der Klemme wurden auf der betreffenden Schale Menschen in den Schacht hinabgelassen."

Es ist jedenfalls nicht unmöglich, daß diese Unterlassungen, besonders ihr Zusammenfallen, das Unglück verschuldet haben. Die Bergbehörde hat sich bisher zu diesen Nachrichten, die ihr vielleicht unbekannt sind, nicht geäußert. Wir halten es für dringend geboten, daß sie nunmehr das Wort nimmt.

Ein Genesungsheim für weibliche Lungenkranke, errichtet von der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Hannover, in der Nähe von Zellerfeld im Harz, ist am 6. August eingeweiht worden. Es hat Raum für 50 Kranke.

Der Zentralverband der preußischen Dampfkessel-Ueberwachungs-Vereine umfaßt 22 Vereine, von denen 6 ihren Sitz außerhalb Preußens haben. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes ist im Jahre 1897 von 17 054 auf 18 093, die der Kessel von 38 496

auf 40 887 gewachsen; von den Kesseln befinden sich 33 972 in Preußen, 6915 in anderen Bundesstaaten.

Zur Zeit werden 11 128 Kessel in staatlichem Auftrage überwacht. Die Zahl der Beamten beträgt 170. Zu diesen gehören 22 Oberingenieure, 137 Ingenieure, 6 Assistenten, 1 Maschinenmeister und 4 Lehrheizer. Es wurden im abgelaufenen Jahre an 40 887 Kesseln im ganzen 87 768 Untersuchungen ausgeführt, so daß auf jeden Kessel 2,14 Untersuchungen kommen. Für 3535 Kessel wurden Genehmigungsgesuche geprüft, 3750 Kessel wurden polizeilich abgenommen, 3801 neue Kessel wurden der vorschriftsmäßigen Druckprobe unterzogen. Bei 14 Unfällen sind Ermittelungen der Ursachen angestellt worden. Die Ueberwachung der Dampffässer und Schleudermaschinen fällt ebenfalls in das Arbeitsgebiet der genannten Vereine. Die Anzahl der Dampffässer, die von den Vereinen überwacht werden, ist im vorigen Jahre von 3821 auf 4112, die der Schleudermaschinen von 3465 auf 3557 gestiegen.

Außer der Uebertwachung und den damit zusammenhängenden Abnahmeprüfungen erstreckt sich die Thätigkeit der Vereine auf verschiedene andere Gebiete. Sechs Heizerschulen werden unterhalten, und diese haben im vergangenen Jahre dreihundert Schüler gehabt, unter denen sich Kesselwärter wie Fabrikanten befanden. Zahlreiche Materialprüfungen wurden für Kessel und andere Vorrichtungen ausgeführt. 615 Kessel wurden während des Baues in den Fabriken überwacht. 296 Verdampfungsversuche, 666 Indizirungen und 116 Bremsversuche an Dampfmaschinen werden aufgezählt. 1182 Gutachten sind abgegeben worden, 124 Fabriken im Auftrage von Berufsgenossenschaften besichtigt, eine bedeutende Anzahl nicht revisionspflichtiger Gegenstände, Flaschen für komprimirte Gase, Gasbehälter 2c. abgenommen worden. Auch Gasmotoren, Gußstutzen, Stahlanker, Brückenbaustoffe, Eisenmaterial, Wasserschieber, Ventile, Röhren 2c. sind untersucht worden. Das neueste Arbeitsgebiet eines Vereines ist die Untersuchung von elektrischen Anlagen: ein anderer Verein übernimmt es, den gesammten Betrieb von Fabriken zu überwachen.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe giebt eine Statistik Aufschluß, die von der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher 2c. für das Jahr 1897 veranstaltet worden ist. Es sind 4440 Fragebogen aus 111 verschiedenen Städten Deutschlands eingegangen. Von den 4440 Befragten waren 3356, das sind 76 pCt., im Laufe des Jahres vorübergehend arbeitslos, während 1084 oder 24 pCt. das ganze Jahr hindurch beschäftigt waren. Auf jeden der Arbeitslosen kommen durchschnittlich 57 Tage Arbeitslosigkeit während des Jahres. Bei den Einzelnen war die Dauer der Arbeitslosigkeit natürlich sehr verschieden. Sie betrugen: 1—5 Wochen bei 1073 Personen (32 pCt. aller Arbeitslosen); 6—10 Wochen gleich 1005 Personen (30 pCt.); 10—15 Wochen = 699 Personen (21 pCt.); 15—20 Wochen = 361 Personen (11 pCt.); 20—25 Wochen gleich 149 Personen (4 pCt.); über 25 Wochen = 69 Personen (1 pCt.). Wie in allen Zweigen des Baugewerbes, so ist auch bei den Malern die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten am stärksten. Am günstigsten sind die Monate Mai, Juni, Juli, August. Im September nimmt die Arbeitslosigkeit bereits zu, sie steigt dann rapid in den Monaten Oktober, November, erreicht ihren Höhepunkt im Dezember und Januar, nimmt dann im Februar und März allmälig und im April bedeutend ab, um im Mai wieder auf dem Minimum anzugelangen. Obgleich die Witterung im vergangenen Winter sich durch ungewöhnliche Milde auszeichnete, so war doch die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich verschieden von der in den vorhergehenden Jahren. Sie betrug in den sechs Wintermonaten durchschnittlich 38 Tage, in den Sommermonaten durchschnittlich 5 Tage, auf jeden der Befragten gerechnet. Die höchste durchschnittliche Arbeitslosigkeit hatte Berlin mit 85 Tagen für jeden der Befragten. Dann folgt Harburg mit 81, Weimar mit 75, Speier mit 72 (infolge eines Streiks), Charlottenburg, Rixdorf, Eberswalde, Hamburg mit je 67, Meerane mit 61, Erfurt, Altona, Lüneburg mit je 57 Tagen. Von den Großstädten steht Frankfurt a. M. mit 24 Tagen am günstigsten da. In den Kleinstädten geht die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in vielfachen Abstufungen herab zu 7 Tagen, welcher Satz in Hof erreicht wird. Im allgemeinen ist die Arbeitslosigkeit in den kleinen Städten, die häufig in den Sommermonaten gar keine Arbeitslosen zu verzeichnen haben, günstiger als in den Großstädten, wo selbst die Sommermonate eine nicht unerhebliche Arbeitslosigkeit aufweisen. Ferner zeigt Mittel- und Süddeutschland im allgemeinen ein günstigeres Bild als Norddeutschland.

Bei einer polizeilichen Revision von 483 Dresdener Bäckereien und Konditoreien stellte sich heraus, daß es in 59 Betrieben an Reinlichkeit und Ordnung fehlte, auch waren häufig die Schlafräume der Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten, namentlich durch den Mangel an Luft und Licht, ungesund. In 60 anderen Betrieben waren kleinere Mängel vorhanden.

Ueber die Friedensverhandlungen

liegen heute die folgenden Meldungen vor: Gestern fand eine Konferenz zwischen dem Präsidenten Mac Kinley und dem französischen Botschafter Cambon statt, welche 1 Stunde und 10 Minuten dauerte und um 7 Uhr beendet war. Ueber den Verlauf der Unterredung verlautet nichts. Wie verlautet, besteht die Antwortnote der spanischen Regierung aus etwa 1200 Worten und ist in fünf Abschnitte eingetheilt. Dieselben sollen sich auf Kuba, Portorico, die Ladronen, die Besetzung Manila's und die Einsetzung einer Kommission beziehen, die kubanische Schuld aber unerwähnt lassen. Die Note erkläre sich prinzipiell damit einverstanden, daß die spanische Oberhoheit über Kuba aufhöre, werfe jedoch die Frage der künftigen Verwaltung der Insel auf, wobei sie in bestimmter Weise ausführe, die Vereinigten Staaten sollten die Insel unter Berücksichtigung des Umfanges der spanischen Interessen verwalten. Der Zeitpunkt der Räumung der Insel werde als einer der Detailpunkte hingestellt, deren Regelung der Kommission zu überlassen sei. Die letztere werde aus je fünf Mitgliedern beider Staaten bestehen und wahrscheinlich in Paris tagen.

Der französische Botschafter Cambon theilte jetzt der spanischen Regierung das Ergebniß seiner Bemühungen mit, wobei er den Wunsch aussprach, daß Amerika noch bezüglich der für den endgiltigen Friedensschluß nöthigen Einzelheiten von Spanien eine Antwort erhalte. Nach der Konferenz Mac Kinley's und Cambon's fand ein Kabinetsrath statt. Aus der langen Dauer jener Konferenz schließt man, daß die spanische Antwort in einigen Beziehungen unbefriedigend war. Der Sekretär des Kriegsdepartements, Alger, erklärte einem Berichterstatter, die ganze Frage werde noch weiteren Erwägungen unterzogen.

Das Madrider Blatt „Imparcial" sagt, die Mehrzahl der Persönlichkeiten, welche Sagasta befragt, äußerten ihre Meinung dahin, daß ein neues Kabinet nöthig sei, um über den Frieden zu verhandeln. — Der „Liberal" verlangt die Einberufung der Kortes oder die Aufhebung des Belagerungszustandes. — Der ministerielle „Globo" glaubt, es sei nothwendig, die Kortes einzuberufen, um die Friedensverhandlungen gutzuheißen.

Nach einer Depesche aus Washington vom 10. August ist in der Friedensfrage ein Einvernehmen erzielt und ein Protokoll, enthaltend die Friedensbedingungen, abgefaßt worden.

Nach einer weiteren Depesche aus Washington hat Staatssekretär Day folgendes bekannt gegeben: Wir haben ein Einvernehmen getroffen hinsichtlich eines Protokolls, welches die Friedensbedingungen umfaßt, darunter die Räumung von Kuba und Portorico. Wir glauben, daß dieses Protokoll zur Ausführung kommen wird. — In unterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Friedensbedingungen diejenigen sind, welche der Präsident Mac Kinley in seiner Note verlangt hat. Man glaubt, daß vor der Unterzeichnung des Protokolls nur noch einige Formalitäten zu erledigen sind.

Auf **Kuba** scheinen die Feindseligkeiten vollständig eingestellt zu sein; der böse Krankheitszustand der amerikanischen Truppen dürfte jede Aktion verhindern. Shafter's Offiziere erklärten dem Generalissimus am Mittwoch, die Armee sei so durch Malaria geschwächt, daß sie unbrauchbar sei und dem gelben Fieber nicht widerstehen könne. „Daily Mail" meldet aus New-York über Kanada, alle Transportschiffe, welche das Kriegsdepartement zur Verfügung habe, seien nach Kuba beordert worden. Das Kabinet habe entschieden, alle anderen Pläne zu verschieben und alle Energie auf den Rücktransport der Truppen zu richten. 2400 Mann sollen am Montag weggeschafft sein, weitere 15 000 innerhalb zehn Tagen. In Kuba sei die Zensur sehr streng; Telegramme über den Gesundheitszustand der Truppen würden nicht durchgelassen.

Dagegen rücken die Amerikaner auf Portorico weiter vor. Wie aus Coamo auf Portorico von gestern gemeldet wird, nahm General Wilson am Vormittag die Stadt Coamo. Die Verluste der Amerikaner betrugen 7 Verwundete, während die Spanier 12 Todte, worunter der Major Yellescas und 2 Hauptleute, und 35 Verwundete hatten. Die Amerikaner machten 180 Gefangene. Die Stadt wurde durch eine vom 16. Regiment „Pensylvania" gemachte Flankenbewegung genommen, welche der spanischen Infanterie den Rückzug abschnitt. Das Artilleriefeuer begann um 7 Uhr morgens, dauerte 45 Minuten und zerstörte ein Blockhaus. Fünfzig Mann spanischer Kavallerie entkamen.

Eine Depesche des Generals Macias besagt, von den Autonomisten auf Portorico seien einige in amerikanische Dienste getreten.

General Miles telegraphirte, die vorhandene Truppenmacht sei ausreichend, um Portorico zu nehmen, weshalb Alger die Entsendung von neuen Verstärkungen einstellte.

Von den Philippinen wird über Washington gemeldet: Eine amtliche Depesche des Generals Merritt von Cavite besagt, daß unter den amerikanischen Soldaten daselbst keine Epidemie herrsche. Merritt fügt hinzu, um die Umgebung der Stadt Manila zu nehmen, seien die Vorposten des Generals Greene vorgerückt, um eine Linie zwischen Camino Keal und der Küste herzustellen. Die Spanier hätten in der Nacht vom 31. Juli mit Artillerie einen heftigen Angriff unternommen. Es sei den Vorposten gelungen, ihre Stellung zu halten, doch habe man sie mit einer Brigade unterstützen müssen. Wie versichert wird, seien die Verluste der Spanier groß. Die Amerikaner hätten 9 Mann verloren; ein Offizier und 9 Mann seien schwer, 38 Mann leicht verwundet. Aus Privatdepeschen geht hervor, daß die Spanier einen allgemeinen Angriff auf das Lager Dewey's bei Malate unternommen haben, bevor dasselbe habe verstärkt werden können. Da der Sonntag ein Festtag für die Aufständischen war, zogen sich dieselben hinter die linke Flanke zurück und ließen die rechte Flanke der Amerikaner ungedeckt. In tiefer Nacht und bei Gewittern und Regengüssen versuchten die Spanier das Lager zu überfallen, dessen Wachen zurückgetrieben wurden. Die Amerikaner ließen Artillerie auffahren, um die Spanier zurückzudrängen. Diese waren gezwungen, sich zurückzuziehen, aber die amerikanische Infanterie, deren Munition erschöpft war, konnte die Spanier nicht verfolgen, welche während der Nacht Todte und Verwundete fortschafften.

Wie die „Times" aus Cavite melden, sind dort die Transportschiffe „Indiana", „Ohio", „Valencia", „Morgan City" und „City of Para" angekommen. Die Ausschiffung der Truppen wurde durch ein heftiges Unwetter behindert. Man erwartet einen baldigen Angriff auf Manila. Briefen aus Cavite vom 5. August zufolge befinden sich die Spanier noch im Besitze von Manila.

Eine Depesche des „Temps" aus Madrid meldet, der päpstliche Nuntius habe gestern in einer längeren Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Sagasta zu gunsten der religiösen Orden auf den Philippinen gesprochen. Sagasta habe erwidert, er könne keine Verpflichtung übernehmen; das Loos der religiösen Verbindungen werde von dem Ergebniß der Unterhandlungen abhängen.

Aus Spanien liegen noch die folgenden Meldungen vor: Der Dampfer „Hesperia" ist mit 239 spanischen Marinesoldaten an Bord, welche verschiedenen Schiffen angehören, die von den Amerikanern genommen wurden, in Gibraltar eingetroffen. Dieselben werden nach Algeciras gebracht.

General Torrol, welcher sich den Amerikanern ergeben hat, wird vor ein Kriegsgericht gestellt.

Ueber die Ursachen und Wirkungen des spanisch-amerikanischen Krieges verbreitet die bekannte Hamburger Firma Alexander Jahn u. Ko. in Hamburg einen Bericht, aus dem wir folgende Ausführungen mittheilen: „Außerhalb Spaniens dürften nur wenige wissen, warum die spanischen Fabrikanten entgegen der Volksstimmung sich für General Weyler begeisterten und für ihn eintraten. General Weyler hatte auf Kuba in der Hauptsache gekämpft für Aufrechterhaltung der Zölle auf nicht spanische Fabrikate. Er hatte also für die spanischen Produzenten gekämpft, zu deren Wohlergehen eine Unzahl spanischer Konsumenten hat geopfert werden müssen. Und wie die spanischen Soldaten auf Kuba ihr Leben einsetzen mußten zum Wohle der spanischen Produzenten, die sich mit einem geringen Lösegeld freikauften von der Militärpflicht, so ließen die amerikanischen Produzenten auf Kuba für den freien Eingang ihrer Produkte kämpfen, indem sie die berüchtigten Flibustier-Expeditionen ausrüsteten. Als diese Expeditionen aber nicht den gewünschten Erfolg hatten, fand man es doch billiger und zweckmäßiger, wenn der Kampf auf Staatskosten geführt werde. Nun erschienen in der amerikanischen Presse Artikel über Artikel, welche die Unsicherheit des amerikanischen Eigenthums auf Kuba in den düstersten Farben schilderten und den Schutz der Regierung für dasselbe forderten. Das in industriellen Unternehmungen auf Kuba angelegte amerikanische Kapital wird auf 30 bis 50 Millionen Dollars geschätzt. Der Betrag des Handelsaustausches zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba wuchs in der Zeit von 1889 bis 1893 von 64 auf 103 Millionen Dollars. Die materiellen Interessen Amerika's auf Kuba sind selbst vor dem Kriege unter dem spanischen Eingangszoll schon fast so groß gewesen wie diejenigen Spaniens, und da in Geldsachen bekanntlich die Gemüthlichkeit aufhört, war die öffentliche Meinung am leichtesten zu gewinnen, wenn man sie davon überzeugte, daß das amerikanische Eigenthum auf Kuba gefährdet sei." Ueber die Zukunft der Insel Kuba, besonders aber über die Wirkung, die die Angliederung Kuba's auf die Entwickelung der Zuckerproduktion haben wird, sagt der Bericht folgendes: „Ob die Insel offiziell angegliedert wird oder nicht, ist für die wirthschaftlichen Verhältnisse nebensächlich. Der erste Akt, den Mac Kinley nach Eroberung Santiagos vollzogen hat, war, daß er den amerikanischen Zolltarif eingeführt hat. Daraus folgt, daß derselbe spätestens mit dem Friedensschluß auf der ganzen Insel zur Anwendung gebracht werden wird. Die logische Konsequenz der Anwendung des amerikanischen Zolltarifs auf die Einfuhr nach Kuba ist aber zollfreie Einfuhr der kubanischen Produkte nach Amerika. So haben denn die amerikanischen Fabrikanten und der Zuckertrust ihren Willen bekommen und die Vortheile, die hieraus erwachsen, werden schon bald die Kosten decken, welche die Flibustier-Ausrüstungen und die Kriegshetze sie vermuthlich gekostet haben. Havemeyer, das Haupt des amerikanischen Zuckertrust, besitzt bereits ausgedehnte Ländereien auf Kuba, und da durch die Insurrektion und den Krieg der Geldbedarf auf Kuba nicht gegeringer geworden ist, so wird es jetzt nicht schwer sein, zu billigen Preisen weitere größere Besitzungen dort zu erwerben. Amerika hat einen Zuckerbedarf von 2 Millionen Tons; davon liefert Louisiana ca. 250 000 Tons, während 100 000 Tons aus Rüben-, Sorghum-, Ahorn- und anderen einheimischen Zuckerproduktionen kommen. Vor der letzten Revolution hat die kubanische Zuckerproduktion es über eine Million Tons gebracht (1893—94 1 160 000 Tons). In gut unterrichteten amerikanischen Zuckerkreisen ist man überzeugt, daß Kuba bereits in 2—3 Jahren den gesammten Zuckerbedarf Amerikas decken wird. Das bedeutet für den amerikanischen Staat zunächst einen Ausfall von jährlich rund 45 Millionen Doll., welche der Zoll auf den eingeführten Zucker bisher eingebracht hat. Das bedeutet aber außerdem die Vernichtung der Zuckerproduktion Louisianas, welche ohne den Schutzzoll nicht bestehen kann. Das Zuckerrohr kann keinen Frost vertragen, in Kuba giebt es keinen Frost, in Louisiana wird aber das Zuckerrohr von Zeit zu Zeit von Frost heimgesucht. Rechnen wir die Tonne Louisianaschen Zuckers nur mit 80 Doll., so repräsentirt der Wegfall der Produktion Louisianas einen Verlust von jährlich 20 Millionen Dollars. Man spricht schon jetzt davon, daß man versuchen wird, in Louisiana Reis zu pflanzen. Zunächst werden die Pflanzer auf Kuba und der Zuckertrust ein Bombengeschäft machen. Beide werden sich wohl, so weit sie nicht schon eine Personalunion bilden, in die Differenz theilen, um die der kubanische Zucker, wenn er keinen Eingangszoll zu zahlen hat, sich für Amerika billiger stellt als der Zucker anderer Provenienzen. Rohrzucker wird ohnehin schon eine Mark höher bewerthet als Rübenzucker. In dem Maße, in welchem Kuba den Bedarf Amerika's deckt, hört Amerika auf, ein Abnehmer für anderen Rohrzucker und für Rübenzucker zu sein. Von letzterem hat es ca. 300 000 Tons importirt, der Rest des Imports war Rohrzucker. Hört es auf, als Abnehmer für denselben aufzutreten, so bleibt dem Rohrzucker in der Hauptsache nur noch der englische Markt, der bisher auch der Hauptabnehmer für den Rübenzucker gewesen ist. England hat im letzten Jahre über 1 600 000 Tons Zucker konsumirt. Der Rohrzuckerexport der Welt betrug rund 2 500 000 Tons; davon aus Kuba und Portorico ca. 300 000 Tons. Fällt Amerika künftig als Abnehmer fort, so kann der ganze englische Zuckerbedarf durch Rohrzucker gedeckt werden. Dann sitzt Europa da mit seinen Exportprämien und kann sie nicht verwerthen. Es wird dann nichts anderes übrig bleiben, als dem Zucker die inneren Märkte zu eröffnen, indem man die ungeheueren Steuern, die auf der Produktion desselben lasten und die in Deutschland z. B. mehr betragen als der augenblickliche Transitwerth, fallen läßt. Man erwartet, daß sich schon in nächster Kampagne die veränderten Verhältnisse auf Kuba geltend machen werden, da genügend Rohrzucker zu Felde steht, um 500 000 Tons zu liefern, ungefähr doppelt so viel, als die letzte Kampagne gebracht hat."

Ueber die zukünftige Gestaltung der Dinge in Spanien heißt es: „Was nun Spanien anlangt, so ist der Vortheil der amerikanischen Fabrikanten im selben Maße der Nachtheil der spanischen. Die Einfuhr Spaniens aus Kuba und Portorico betrug 1895 67,4 Mill. Pesetas, die Ausfuhr 180,7 Mill. Pesetas = 22,5 pCt. der gesammten Ausfuhr. Da ist es sehr wohl verständlich, daß sich die spanischen Fabrikanten nach einem neuen Markt umsehen, und da ihnen Frankreich am nächsten liegt, ist es erklärlich, daß sich, wie kürzlich verlautete, weite Fabrikanten- und Händlerkreise Barcelona's alle erdenkliche Mühe geben, um den politischen Anschluß an Frankreich zu erreichen, von dem sie mehr noch als durch die Pyrenäen durch hohe Schutzzölle getrennt sind. Daß ihr Bemühen von Erfolg gekrönt sein wird, ist natürlich sehr unwahrscheinlich. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Von einem Großfeuer wurde das Omnibus-Depot Liegnitzerstr. 15 Mittwoch Abend um 8 Uhr heimgesucht. Auf dem dritten Hofe des umfangreichen Gebäudes befinden sich die Pferdeställe, deren Dachgeschosse zu Futterräumen dienen. Gegen 1000 Zentner Stroh und Heu lagerten hier und waren kurz vorher noch einige Fuder Stroh abgeladen, als Feuer bemerkt wurde. Die auf dem Depot anwesenden Beamten sorgten in erster Linie für Bergung der Pferde, die auch sämmtlich gerettet wurden. Auf die Meldung „Großfeuer" war ein großer Theil der Berliner Wehr erschienen und gegen zwanzig Schlauchleitungen sandten unausgesetzt große Wassermassen in die Flammen. Gegen zehn Uhr war man Herr des Feuers. Der flache Dachstuhl ist fast in seiner ganzen Ausdehnung eingeäschert, und dürften die dort lagernden Heu- und Strohvorräthe, wenn nicht durch Feuer, so doch durch Wasser vollständig unbrauchbar geworden sein. Wie das Feuer auskam, ist nicht ermittelt. Thatsache ist, daß kurz vor Ausbruch desselben noch Beamte die Verladung von Stroh beaufsichtigt hatten.

Köln, 10. August. (B. H.) Das am Sonntag hier niedergegangene heftige Unwetter hatte zur Folge, daß der Telephonverkehr zwischen Köln—Berlin—Frankfurt—Nürnberg—München und dem Saargebiet vollständig zerstört ist. Auch der telegraphische Verkehr ist auf weite Strecken unterbrochen.

Aachen, 10. August. (W. T. B.) Die Polizei verhaftete eine Mutter nebst Sohn aus Berlin, welche hier, in Hannover und in Köln falsches Geld verausgabten. Bei Durchsuchung des von ihnen hier gemietheten Zimmers wurden über 1000 Stück falscher Thaler beschlagnahmt.

Innsbruck, 10. August. (B. H.) Nach einem heftigen Sirocco und Gewitter trat hier starker Schneefall ein.

Bozen, 10. August. (B. H.) Hier hat ein großer Temperatursturz stattgefunden. Die Dolomiten sind bis zur Thalsohle mit Schnee bedeckt.

Prag, 10. August. (W. T. B.) In dem Bezirke Neustraschitz ging gestern ein starkes Hagelwetter nieder, welches sehr bedeutenden Schaden anrichtete.

London, 10. August. (W. T. B.) Unterhaus. Bei Erörterung der zweiten Lesung der Appropriationsbill greift Dilke die auswärtige Politik der Regierung an, die auf Kreta, Madagaskar, in Siam und im fernen Osten infolge Mangels an Festigkeit Fiasko gemacht habe. England habe China, im Falle es wegen der England ertheilten Konzessionen angegriffen würde, Unterstützung versprochen. Ein Angriff sei nicht wahrscheinlich, weil Rußland nicht in dem Zustande sei, einen Krieg in jenem Welttheile unternehmen zu können, und weil China Furcht vor Rußland habe. Frankreich, Rußland und Deutschland schlössen die „offene Thür" nicht nur in ihren Einflußsphären, sondern auch in einem Theile der englischen Einflußsphäre. Drage, Robson, Gretton und Lambert greifen sodann die von der Regierung in China befolgte Politik an, während Bethell dieselbe unterstützt. Harcourt erklärt, das Land wünsche eine Politik der „offenen Thür", die ihm das Recht des Zutritts für den Handel in allen Theilen China's gebe, und beklagt sich darüber, daß dem Hause erst jetzt davon Mittheilung gemacht werde, daß der Gesandte in Peking, Macdonald, im März angewiesen worden sei, die Festsetzung von Vorzugsrechten in den Kozessionen zu verhindern. Wo sei aber angesichts des Memorandums des deutschen Staatssekretärs v. Bülow die „offene Thür"? Soweit bekannt, habe die Regierung gegen Deutschlands extraordinären Anspruch auf Vorzugsrechte in der Provinz Shantung nicht Einspruch erhoben. Harcourt drückt sodann sein Bedauern über die von verantwortlichen Persönlichkeiten bei Besprechung der Beziehungen zu Rußland angewandte Sprache aus. Eine solche, theils drohende, theils beleidigende Sprache mache eine staatsmännische Diplomatie und freundliche Beziehungen unmöglich. Für den Fall eines Konfliktes mit Rußland müsse man daran denken, daß derselbe nicht zur See, sondern zu Lande auszufechten sein werde. Weise Staatsmänner würden die Fragen auf diplomatischem, friedlichem Wege lösen. Die chinesische Frage sei nicht durch Zänkereien in Peking, sondern durch Intervention der auswärtigen Aemter in London und Petersburg zu lösen.

Kopenhagen, 10. August. (W. T. B.) Wie die „Berlingske Tidende" offiziell mittheilt, hat die Regierung in Erwartung späterer Bewilligung durch den Reichstag 500 000 Kronen für die See-Befestigung Kopenhagens verausgabt und zwar ist dieser Betrag zum größten Theil zur Ergänzung des Munitionsvorrathes verwendet worden.

Allinge (Insel Bornholm), 10. August. (W. T. B.) Beim baden ertrank gestern in der Nähe von Hammeren der an der Berliner Universität immatrikulirte Kandidat der Rechte Franz Koch aus Charlottenburg.

Belgrad, 10. August. (B. H.) Der Oberstlieutenant Jancovic in Kragujevac nahm Gift und stürzte sich sodann in einen Brunnen, wo er ertrank.

Salonichi, 10. August. (B. H.) Die großen Mehletablissements von Fratelli Allatini sind mit bedeutenden Vorräthen niedergebrannt.

Yokohama, 10. Aug. (W. T. B.) Aus Thai-pe auf Formosa wird gemeldet, daß bei einem heftigen Sturm und Ueberschwemmungen, welche großen Eigenthumsschaden verursachten, hundert Menschen umgekommen seien.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 186. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 11. August 1898.

Wohnungsnoth und Hausagrarier.

In der letzten Woche wurde in Wiesbaden der Verbandstag der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands abgehalten. Der Grundton sämmtlicher Verhandlungen, Reden und Beschlüsse ging dahin, daß die Hausbesitzer Deutschlands die gedrücktesten und geplagtesten Leute der Welt seien. Gesetzgebung und Rechtsprechung sähe in dem städtischen Grundbesitzer nur den Mann, der mit dem zunehmenden Werth des Bodens ohne eigenes Zuthun Vermögen gewinne. Die Zurücksetzung des Hausbesitzerstandes, seine Ueberbürdung mit kommunalen Steuern sei nachgerade unerträglich geworden. Merkwürdigerweise ergiebt sich in der Beurtheilung dieser beweglichen Klagen seitens der Oeffentlichkeit fast die übereinstimmende Ansicht, daß die Hausagrarier wegen ihrer egoistischen Forderungen und ihrer offenkundigen Uebertreibungen schon nicht mehr ganz für voll angenommen werden dürfen. Es ist doch geradezu zum Lachen, wenn von dem Verbandstag das Vorhandensein einer Wohnungsnoth bestritten wurde. In einer Zeit, wo die Kommunalverwaltungen und Regierungen fortgesetzt die Wohnungsnoth konstatiren und bekämpfen, wagen die Hausbesitzer noch eine Behauptung, deren Gegentheil schon längst eine allgemein anerkannte Thatsache geworden ist. Von seiten maßgebender Behörden, namentlich von Kommunalverwaltungen, wurde in allerjüngster Zeit allein für folgende Städte eine Wohnungsnoth festgestellt: Straßburg, Leipzig, Erfurt, Köln, Rastatt u. s. w. Für Straßburg wurde z. B. festgestellt, daß von 420 kleinen Wohnungen der größere Theil, als dumpf, übelriechend und viel zu klein für die betreffenden Familien bezeichnet werden muß. In einem Haus mit 35 Wohnungen befand sich nicht einmal ein Abort. Familien mit 4—10 Kindern hausten in einem einzigen Zimmer und besaßen nur ein Bett. Dabei sind die Wohnungen noch so theuer, daß sie den gequälten Hausbesitzern nur 10—15 pCt. Rente von ihren Häusern abwerfen. Wie rasch infolge der stets zunehmenden Wohnungsnoth die Miethspreise in den Großstädten steigen, das zeigt der jüngste Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig. Es ist dort der Nachweis erbracht, daß die Durchschnittspreise der leerstehenden Wohnungen in Neu-Leipzig von 287 M. im Jahre 1890 auf 420 M. im Jahre 1897, das ist um 46 pCt., die Durchschnittspreise der leerstehenden Wohnungen in Alt-Leipzig von 523 M. im Jahre 1890 auf 972 M. im Jahre 1897 gestiegen sind, das ist eine Steigerung um 85 pCt. Trotz dieser Thatsache existirt für die deutschen Hausbesitzer keine Wohnungsnoth. Sie erlauben sich daher, gegen alle Bestrebungen, die Wohnungsnoth durch Eingreifen der Gemeinden und des Staates zu lindern, zum Angriff zu blasen. Ja, sie versteigen sich sogar zu der Behauptung, solche Bestrebungen, die eine Beschneidung ihrer unverschämt hohen Renten beabsichtigen, führten „zur Zerstörung der heutigen Wirthschaftsordnung". Sie beschuldigen also den hierin gewiß harmlosen „Vater Staat" sozialistischer Umtriebe. Die deutschen Hausbesitzer lügen der Welt vor, daß die gemeinnützigen Bauvereine nicht um einen Pfennig billigere Wohnungen den Leuten verschafften, wie sie, die Hausagrarier. Daß solche Behauptungen aber der Wahrheit ins Gesicht schlagen, das leuchtet jedem ein, der den Unterschied der Miethspreise in Häusern von Privatbesitzern und in solchen gemeinnütziger Bauvereine kennt. So wenig wir uns von dem Wirken solcher Vereine auch für die deutsche Arbeiterklasse als solche versprechen, so ist doch nicht zu leugnen, daß sie einem eng beschränkten Kreise von Arbeitern in der That bessere Wohnungen zu billigeren Preisen liefern. In dem neuesten Bericht des Vorstandes der Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. wird eine Tabelle von 110 kleinen Bauten veröffentlicht zugleich mit den Miethspreisen, die sie früher in Wohnungen von Hausagrariern und die sie heute in einer solchen der Aktiengesellschaft bezahlen. Aus dieser Tabelle geht hervor, daß bei sämmtlichen 110 Miethern die Wohnungsverhältnisse sich gegen früher erheblich verbessert haben, daß in nicht weniger als 75 Fällen der monatliche Miethspreis sich bis zu 20 M. pro Fall vermindert hat. Angesichts solcher Thatsachen noch behaupten zu wollen, der Wohnungspreis sei unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht zu verbilligen, ist eine ganz dreiste Entstellung der Wahrheit.

Aber die Hausagrarier lassen ihren Kollegen vom Lande weder in bezug auf Verdrehung der Thatsachen, noch in bezug auf die Unverfrorenheit ihrer Forderungen etwas nach. Haben sie doch in bezug auf die Ausgestaltung des Miethsvertrags Forderungen aufgestellt und angenommen, deren Durchführung den Miether geradezu zum Hörigen der Vermiether machen würde. Man kann die Quintessenz dieser Forderungen dahin zusammenfassen: Der Miether haftet dem Vermiether für alle Ansprüche, die der Vermiether zu haben geruht, ohne Rücksicht darauf, ob diese Haftung nach dem Gesetz eintritt. Der Miether selbst dagegen ist dem Vermiether gegenüber rechtlos und bindet sich in dem Miethskontrakt sogar auch dahin, auf alle Rechtsmittel dem Vermiether gegenüber zu verzichten. Nach diesem Grundsatz sollen in Zukunft die Miethsverträge schriftlich abgeschlossen werden.

Die Hausagrarier haben sich beklagt, daß eine gewisse Feindseligkeit gegen die Hausbesitzer in der Oeffentlichkeit herrsche. Wenn sie glauben, durch ihre extravaganten Forderungen, wie sie sie in Wiesbaden aufgestellt haben, eine Besserung herbeiführen zu können, so irren sie sich ganz gewaltig. Die Verhandlungen in Wiesbaden werden vielmehr die Miether auch daran denken lassen, dem Uebermuth der städtischen Grundbesitzer auch einmal die Zähne zu zeigen. In verschiedenen Städten Deutschlands ist in jüngster Zeit eine lebhafte Agitation für den Erlaß eines Reichs-Wohnungsgesetzes im gange, durch das dem Egoismus der Hausbesitzer ein Riegel vorgeschoben werden soll. Wenn wir auch bisher dieser Agitation ferngestanden haben und ihre Forderungen für viel zu bescheiden halten, so soll darum doch nicht gesagt sein, daß wir uns diesen Bestrebungen nicht anschließen. Vielmehr wird es unsere Aufgabe sein, die Arbeiterklasse für ein Reichs-Wohnungsgesetz mobil zu machen und dahin zu wirken, daß durch dieses Gesetz das Recht des schwächeren Theils des Miethers gestärkt und die Uebermacht der städtischen Agrarier gebrochen wird.

Lokales.

Die Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises veranstalten am Sonnabend, den 13. August, in Treptow im Viktoria-Garten ein Fest, dem sie den an unsere neudeutsche Eroberung erinnernden und auf die guten Beziehungen zu China hindeutenden Namen „Eine chinesische Nacht" gegeben haben. Wir machen aber auch alle diejenigen, die nicht für Deutschlands Kolonialbesitz schwärmen, darauf aufmerksam, daß die Erträge des Festes nicht für den Kuli-Import verwendet werden, sondern zur Erhöhung der Präsenzstärke der sozialdemokratischen Armee bestimmt sind. Wenn die Sache so liegt, wird hoffentlich der Strom der Auszügler, die am Sonnabend den Berliner Staub von den Pantoffeln schütteln, recht zahlreich sein.

Uebersicht der Landtags-Wahlbezirke. In Nachstehendem geben wir die Eintheilung der 4 Landtags-Wahlbezirke nach den dazu gehörigen Stadtbezirken bekannt. Die Parteigenossen, die von der Reichstagswahl das Tableau aufgehoben haben, werden leicht aus diesem die Stadtbezirke in ihrem Umfang feststellen können.

I. Wahlbezirk.

Stadtbezirke 6—73, 263—284 und vom Stadtbezirk 144: Kleine Kurstraße 9, Niederwallstr. 24 und 25, Spittelmarkt 14 und 14a.

Bevölkerung (immer nach der Volkszählung vom 2. Dezember 1895) 326 803.

Zahl der Abgeordneten 3.

(Im Vergleich mit den Reichstags-Wahlkreisen gehören hierzu: Fast der ganze zweite Wahlkreis und ein Theil des ersten.)

II. Wahlbezirk.

Stadtbezirke 1—5 und 74—144, mit Ausschluß von Alexanderstraße 18 (St.-Bez. 3), Kleine Präsidentenstr. 6 und 7, Neue Promenade 9 und 10 (St.-Bez. 5), Kleine Kurstr. 9, Niederwallstr. 24 und 25, Spittelmarkt 14 und 14a (St.-Bez. 144).

Bevölkerung: 374 504.

Zahl der Abgeordneten 2.

(Im Vergleich mit den Reichstags-Wahlkreisen gehören hierzu: Ein kleiner Theil des ersten, zweiten und vierten Wahlkreises, sowie nahezu der ganze dritte.)

III. Wahlbezirk.

Stadtbezirke 211—282 und 285—326b mit Ausschluß von Sophienstr. 10 (St.-Bez. 212).

Bevölkerung: 638 828.

Zahl der Abgeordneten 2.

(Im Vergleich mit den Reichstags-Wahlkreisen gehören hierzu: Ein Theil des fünften Wahlkreises und nahezu der ganze sechste.)

IV. Wahlbezirk.

Stadtbezirke 145—210 sowie vom Stadtbezirk 3: Alexanderstr. 18, vom Stadtbezirk 5: Kleine Präsidentenstr. 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10, und vom Stadtbezirk 212: Sophienstr. 10.

Bevölkerung 337 169.

Zahl der Abgeordneten 2.

(Im Vergleich mit den Reichstags-Wahlkreisen gehören hierzu: Ein kleiner Theil des fünften Wahlkreises und nahezu der ganze vierte.)

Ein Ziethenfonds wird jetzt begründet. Das Wiederaufnahmeverfahren kostet Geld, und ein hochherziger Mann, der sich seit langem für den Fall des zweifellos unschuldig verurtheilten Ziethen interessirt, der Berliner Schlächtermeister Hugo Metscher, hat den Anfang gemacht und einen Aufruf zur Sammlung eines Fonds veröffentlicht, aus dem die Kosten der zur Erlangung der Wiederaufnahme nothwendigen Schritte und Arbeiten bestritten werden sollen. Zunächst ist die Sammlung hauptsächlich auf die Kreise der Kollegen des Herrn Metscher beschränkt — hoffentlich werden sich aber auch weitere Kreise für dieses Werk echter Humanität erwärmen.

Ueber die fortgesetzte Abholzung und Einengung der Jungfernhaide wird von den Bewohnern der nördlichen und nordwestlichen Stadttheile bittere Klage geführt. So sind in den der Stadt am nächsten liegenden Distrikten der Jungfernhaide nach und nach Waldtheile abgeholzt worden, deren Umfang bereits die Größe des Thiergartens erreicht hat. Diese Theile sind zur Anlegung von Kirchhöfen, Schießständen und Müllabladeplätzen verwendet worden, während an der Tegeler Chaussee ebenfalls ein ganz bedeutendes Areal dem Bau des neuen Strafgefängnisses zum Opfer gefallen ist. Besonders hart ist dabei die Umgebung des Plötzensees betroffen worden. Denn nachdem vor ungefähr 14 Tagen auch die ganze östliche Seite an diesem schönen Gewässer abgeholzt und durch Einzäunung für einen großen Friedhof festgelegt worden ist, wird nun der ganze See mit Ausnahme der Südseite, welche durch die Seestraße und die Militär-Schwimmanstalt begrenzt wird, von Friedhöfen eingeschlossen. Dies bringt aber, wie von sachverständiger Seite behauptet wird, bei der Eigenthümlichkeit der Grundwasserverhältnisse des Plötzensees schwere Gefahren mit sich und giebt Anlaß zu ernsten Befürchtungen. Der Plötzensee, dessen Spiegel mehr als ein Meter über dem Niveau der Spree liegt, ist nämlich bei großer Tiefe ohne sichtbaren Ab- und Zufluß, bezieht vielmehr seinen Wasserzufluß aus dem hügeligen Waldboden in seiner weiteren Umgebung. Diese dem See zufließenden Wasser müssen natürlich ihren Weg durch den Boden der vielen Kirchhöfe nehmen, werden durch die verwesenden Leichen infizirt und verderben so im Laufe der Zeit das Wasser des Sees vollständig. Aber noch aus anderen Gründen wird die fortschreitende Vernichtung der Jungfernhaide aufs tiefste beklagt. Sie liegt nämlich von allen Waldungen der Umgegend der Stadt am nächsten und befindet sich infolge der in dieser Gegend immer mehr zunehmenden Bebauung bereits inmitten volksreicher Stadttheile, für welche die Jungfernhaide denselben Werth hat, wie der Thiergarten für den Westen Berlins. Auf das allerschärfste aber verurtheilt man es, daß der für die Bewohner der nördlichen und nordwestlichen Stadttheile unersetzliche schöne Wald immer mehr in Müllabladeplätze umgewandelt wird.

Für die Umfassungsmauer zum Friedhof der Märzgefallenen steht noch immer seitens des Polizeipräsidiums die Genehmigung aus, obwohl seit Monaten das Projekt vom Magistrat eingereicht ist. Bei diesem Schneckengang in der Erledigung der Angelegenheit wird wahrscheinlich die diesjährige Bauperiode vergehen, ohne daß die sehr nothwendige Bauausführung in Angriff genommen werden kann. Mit weit größerer Sicherheit ist also am nächsten 18. März darauf zu rechnen, daß uns am Eingang zum Friedhof der Märzgefallenen einige Abgesandte vom Alexanderplatz entgegenleuchten, von der Errichtung einer würdigen Eingangspforte aber nichts zu spüren ist.

Das Militär-Arresthaus, das in der Kruppstraße neben dem erst vor kurzem bezogenen Haupt-Bekleidungsamt erbaut wird, soll bis zum Oktober 1899 fertiggestellt werden. Nach der Uebersiedelung des „Vater Philipp" in den Neubau wird das alte Gebäude an der Ecke der Linden- und Ritterstraße von der Erdoberfläche verschwinden. Dieser Bau wurde im Jahre 1818 vom Baumeister Schüler errichtet, weil das frühere Arrestgebäude am Kupfergraben zu klein war. Das Grundstück in der Lindenstraße wird nach dem Abbruch der alten Baulichkeiten in andere Hände übergehen. Nach einem Gerücht soll die Reichspost den Ankauf des Geländes beabsichtigen.

Eine weitere Beschränkung des Straßenhandels ist seitens des Polizeipräsidiums in Aussicht genommen, deren Durchführung einer gänzlichen Beseitigung des Handels in den Straßen gleichkommen würde. Bekanntlich ist neuerdings eine Polizeiverordnung erlassen worden, welche den Straßenhandel aus dem näheren Umkreise der städtischen Markthallen verbannt. Bezüglich dieser Polizeiverordnung hat sich nun die hiesige Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen beschwerdeführend an den Minister des Innern gewandt, sich aber hinsichtlich des Erfolges sehr enttäuscht gesehen. Denn nicht nur verhält sich der Minister den Wünschen der Straßenhändler gegenüber durchaus ablehnend, in seinem Antwortschreiben kündigt er auch an, daß eine weitere Beschränkung des Straßenhandels in Aussicht stehe und eine entsprechende Polizeiverordnung vorbereitet werde. Beabsichtigt wird nichts weniger, als ein Verbot im verkehrspolizeilichen Interesse des Straßenhandels in allen denjenigen Straßen, in denen Straßenbahnen verkehren. Da nun heute schon fast die meisten Straßen von Straßenbahnen durchlaufen werden und das Straßenbahnnetz in dauernder Ausdehnung begriffen ist, so sehen sich die Straßenhändler mit dem Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung vor die Unmöglichkeit gestellt, ihr Gewerbe weiterhin ausüben zu können. Aus diesem Grunde sind die Straßenhändler gewillt, die zu erwartende Polizeiverordnung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens anzufechten, da dieselbe die in der Gewerbe-Ordnung gesetzlich gewährleistete Gewerbefreiheit illusorisch macht. Zu diesem Zwecke wird gegenwärtig bereits eine lebhafte Agitation unter den Straßenhändlern entfaltet, um die zur Führung eines prinzipiellen Prozesses erforderlichen Geldmittel in Höhe mehrerer hundert Mark zusammenzubringen. Die in ihrer Existenz bedrohten Straßenhändler sind auch gern bereit, ihr Scherflein zu steuern, um dem behördlichen Vorgehen entgegenarbeiten zu können. Zum Freitag ist auch eine öffentliche Versammlung der Händler und Händlerinnen einberufen worden, in welcher diese Angelegenheit zur Besprechung gelangen wird.

Die Fleischermeister von Berlin Süd-Ost und Rixdorf nahmen am Dienstag in stark besuchter Versammlung im Märkischen Hof, Admiralstraße, Stellung gegen die Rabatt-Spar-Vereine. Der Vorsitzende, Fleischermeister Bönning-Berlin, führte aus, daß angesichts der gegenwärtigen hohen Fleischpreise jetzt der geeignetste Zeitpunkt sei, sich von den Rabatt-Spar-Vereinen bezw. dem bisher nothgedrungen bewilligten 5prozentigen Rabatt freizumachen. Eine vor kurzem eingesetzte Kommission habe bereits in dieser Frage vorgearbeitet. Es sei erwiesen, daß einzelne Kollegen durch den gewährten Rabatt jährlich gegen 5000 M. an Rabatt-Spar-Vereine steuerten. Es wurde sodann eine Resolution angenommen, die besagt, daß vom 15. August an Lieferungen an die Rabatt-Spar-Vereine nicht mehr erfolgen, bei Vermeidung einer vom Uebertreter an die Armenkasse oder die Fleischer-Innung zu zahlenden Buße von 500 M. Die gleiche Strafe tritt ein, wenn etwa die Frau das Geschäft auf ihren Namen führt. — Die Resolution will nichts besagen, dazu ist eine persönliche Verpflichtung nothwendig, um solchen Kampf durchzusetzen. Damit wird es aber hapern.

Zur Sistirung von Frauenspersonen. Der Polizeipräsident von Berlin, v. Windheim, hat bezüglich der Sistirung von Frauenspersonen einige Aenderungen erlassen. Der Zweck der abgeänderten Bestimmungen geht dahin, bei den Sistirungen unliebsames Aufsehen zu vermeiden und Mißgriffe zu verhüten. Personen, die unter dem Verdacht, gewerbsmäßige Unzucht begangen zu haben, von der Straße weg sistirt werden, sollen auf dem nächsten Polizeirevier sofort vom dem Reviervorstand bezw. seinem Vertreter vernommen werden. Bestreiten sie, was ihnen vorgeworfen wird, so ist auf der Stelle bei ihren Angehörigen oder in sonst geeigneter Form Recherche anzustellen und, wenn sich ihre Angaben bewahrheiten, ihre Freilassung anzuordnen. Bestätigen sich die Angaben nicht oder räumen sie selbst ihre Schuld ein, so sind sie nicht, wie bisher, im grünen Wagen, sondern in einer Droschke nach dem Polizeipräsidium zu schaffen.

Der Unsinn am Helmholtz-Denkmal der Potsdamer Brücke ist jetzt verbessert. Das oberste der Bücher, die zu den Füßen des Forschers liegen, hat statt des unvernünftigen Titels „Physiologie der Optik" die richtige Bezeichnung „physiologische Optik" erhalten.

Die Wochenschriften „Simplicissimus", „Zukunft" und „Narrenschiff" suchen die Reklame, die ihnen der Eisenbahnminister durch das Verbot von deren Verkauf auf den Bahnhöfen verschafft hat, nach Kräften auszunützen, wie es scheint, mit gutem Erfolg. Der „Simplicissimus" z. B. behauptet in seiner letzten Nummer, daß die 5000 Exemplare, die bisher für die Berliner Bahnhöfe geliefert wurden, schon durch andere Nachbestellungen für Berlin gedeckt wären. Das Verbot selbst bietet dem Blatte natürlich ergiebigen Stoff, der bereits die zweite Nummer zur Hälfte füllt. Die Straßenhändler, welche die Zeitschriften vertreiben, rühmen von ihnen stets, sie wären auf allen Bahnhöfen polizeilich (!) verboten. — Es ist die alte Geschichte, daß verbotene Früchte am besten schmecken. Für eine gute sensationelle Anpreisung hat Herr Thielen wider Willen gesorgt.

Der Bau des Untergrund-Bahnhofs am Potsdamer Platz wird nicht gleichzeitig mit der Neupflasterung des letzteren ausgeführt werden können, so daß die „Buddelei dort im nächsten Frühjahr von neuem beginnt, vorausgesetzt, daß bis dahin die städtische Verkehrsdeputation sich über die von der Stadtgemeinde auszuführenden Straßenbahnlinien schlüssig gemacht hat. Hierzu liegt das folgende, an die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske gerichtete Schreiben der genannten städtischen Behörde vor: „Wir sind leider nicht in der Lage, zu dem vorgelegten Entwurf für einen Durchgangsbahnhof am Potsdamer Platz unsere Zustimmung zu ertheilen, da die Pläne für die unsererseits in Aussicht genommenen Unterpflasterbahnen noch nicht feststehen und durch die Genehmigung des eingereichten Theilprojekts der Ausbau des Unterpflaster-Bahnnetzes in ganz bestimmtem Sinne festgelegt wurde. In Vertretung (gez.) Friedel." — Das vorliegende Schreiben bestätigt zugleich, daß die Stadtgemeinde den „Ausbau eines Unterpflaster-Bahnnetzes" plant.

Der ehemalige Oberfaktor Grünenthal, welcher nunmehr bereits fünf Monate in Untersuchungshaft sitzt, wird in den letzten Tagen des September vor dem Schwurgericht erscheinen. Die Untersuchung wurde kurz vor den Gerichtsferien geschlossen. Neben Grünenthal werden Elly Golz und deren Großmutter Frau Eng auf der Anklagebank platznehmen müssen. Frau Golz-Sittig, die am 20. Juni zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, wird in dieser Strafsache nur als Zeugin fungiren. Elly Golz hat am 20. d. M. ihre wegen Abtreibung erhaltene Strafe von drei Monaten verbüßt, doch dürfte deren Verhaftung noch aufrecht erhalten bleiben, sodaß sie nicht auf freien Fuß kommt.

Mit dem Neubau des Märkischen Museums wird endlich Ernst gemacht. Seit Dienstag früh sind Bauhandwerker im Kölnischen Parke mit der Abgrenzung des zum Bau erforderlichen Terrains beschäftigt. Um die einzelnen prächtigen an und auf dem Hügel belegenen Baum- und Strauchgruppen zu schützen, sind dieselben mit hohen soliden Bretterzäunen umgeben worden, wodurch die Anlagen ein höchst originelles Aussehen erhielten. Zum Troste der Parkbesucher sei mitgetheilt, daß durch den Museumsbau keineswegs die Anlagen verschwinden, sondern sogar vergrößert und verschönert werden sollen. Recht interessant gestalten sich übrigens die umfassenden Abrißarbeiten an der dem Parke gegenüberliegenden Seite der Wallstraße. Hier verschwindet ein ganzer Stadttheil, einer der ältesten Ur-Cölns. Noch ist es Zeit für Maler und sonstige Freunde interessanter Bauten und Ausblicke für ihre Skizzenmappe zu retten, was noch von „Alt-Berlin" zu retten ist. Besonders bieten jetzt der freiliegende Fischmarkt und die weiter am jenseitigen Spree-Ufer belegenen alterthümlichen Gerberhäuser einen seltenen, reizvollen Anblick dar. Viel Aufmerksamkeit erregt auch jetzt der im Berlinischen Park aufgestellte sog. „Wusterhausener Bär". Das runde Steingebilde, in dem die alte Inschrift eingelassen wurde, ist nunmehr völlig mit Epheu bewachsen und gewährt einen ebenso originellen wie malerischen Anblick.

Die Decksitzwagen der Straßenbahn sollen, wie schon gemeldet wurde, nicht sämmtlich beseitigt, sondern eine Anzahl von ihnen soll umgearbeitet und im Verkehr nach den Vororten als Anhängewagen benutzt werden. Dieser Beschluß, der bei dem die Straßenbahn benutzenden Publikum allgemeinen Beifall finden dürfte, wird von den Schaffnern mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Bedienung eines Decksitzwagens ist eine überaus anstrengende Arbeit. Die meisten Fahrgäste, die einen Decksitz einnehmen wollen, bezahlen nicht gleich beim Aufsteigen, sondern gehen sofort nach oben und lassen den Schaffner nachkommen. Das ist bequemer für das Publikum, aber es bürdet dem Schaffner eine Mehrarbeit auf, die namentlich an heißen Tagen und bei starkem Verkehr bis zur völligen Erschöpfung führen kann. An solchen Tagen befindet sich der Schaffner eines Decksitz-Wagens in beständiger Bewegung. Ununterbrochen geht es Trepp' auf Trepp' ab! Bald muß er hinauf, bald hinunter und durch den Wagen zur Thür des Vorderperrons, dann wieder hinauf und im nächsten Augenblick rasch wieder hinunter und auf die Straße, um laufend den Wagen zu überholen und die Weiche zu stellen, dann von neuem nach oben — und so weiter während der ganzen Fahrt. Bei einer solchen Hetzjagd hat

man schon das Recht, sich abends wie gerädert zu fühlen. Zu dieser Ueberzeugung muß auch der Fahrgast gelangen, wenn er der Arbeit des Schaffners eines Deckfitz-Wagens längere Zeit zusieht; besonders die letzten heißen Tage waren in dieser Beziehung sehr lehrreich. Uebrigens kann das Publikum den Schaffnern ihre Arbeit ohne große Mühe ein wenig erleichtern. Wer darauf achten will, wird bald bemerken, daß die Schaffner stets angenehm davon berührt sind und oft mit einem „danke!" darüber quittiren, wenn ein Fahrgast gleich unten bezahlt. Hier und da bitten sie auch direkt darum, aber natürlich in bescheidenstem Tone, denn sie können nie wissen, ob nicht ein übel gelaunter Fahrgast sich dadurch „belästigt" fühlt und sich über die „Dreistigkeit" des Schaffners beschwert. Durch einen Umstand wird allerdings mancher Schaffner mit den Deckfitz-Wagen wieder ausgesöhnt: sie bringen bei starkem Verkehr mehr Trinkgelder ein als ein kleiner Wagen. Daß die Schaffner darauf Werth legen, das ist leider nur zu begreiflich. Sie werden ja so erbärmlich bezahlt, daß sie froh sein müssen, wenn sie recht viel Trinkgelder bekommen. Ohne Trinkgelder müßten sie mit ihrer Familie halb verhungern.

Eine angenehme Ueberraschung wurde den Arbeitern der Lederfabrik von M. J. Salomon u. Ko. in Rixdorf am Dienstag zu theil. Die Firma hatte verfügt, daß sämmtliche Arbeiter, die 10 Jahre im Geschäft thätig waren, eine Gratifikation von 100 M. bekommen und die ungelernten Arbeiter nunmehr wöchentlich einen Lohn von 24 M. gegen früher 21 M. erhalten sollen. Leider ist heute von solchem Wohlwollen gegen die Arbeiter recht selten zu berichten.

Ermittelt und den Eltern zugeführt wurde gestern früh die seit sieben Wochen vermißte zwölfjährige Hedwig Krüger, über deren Verschwinden wir wiederholt berichteten. Das Kind war seinen Eltern entlaufen und irrte umher. Als es aufgegriffen wurde, gab es an, Vilma Müller zu heißen und kurz vorher beide Eltern durch den Tod verloren zu haben. Diese Angaben ließen sich nicht verifiziren, das Mädchen verweigerte aber jede andere Aussage und wurde daher der Waisenpflege übergeben. Von der städtischen Waisenverwaltung erhielt eine Frau das Kind in Pflege, welches nun 7 Wochen lang unter dem Namen Vilma Müller lebte. Gestern zufällig erkannte der Portier eines Hauses in der Hasenhaide, in welchem die Familie Krüger ehemals gewohnt hatte, das Kind, das er in Begleitung von dessen Pflegemutter traf. Letztere, die ihrem Pflegling das beste Zeugniß ausstellt, war auf das höchste überrascht, als sie hörte, das Kind sei keine Waise, sondern werde seit sieben Wochen von seinen Eltern gesucht. Die Frau begab sich sofort zur Polizei, wo die angebliche Vilma Müller unter Thränen den Thatbestand einräumte. Das Kind gab an, wegen schlechter Behandlung das Elternhaus verlassen zu haben.

Als Kindesmörderin ermittelt und verhaftet wurde in der letzten Nacht die am 15. Januar 1873 zu Beuthen geborene Dienstmagd Pauline Kuhnert. Sie ist die Mutter des im Hopfengraben mit einer Papiertüte im Munde todt aufgefundenen Knaben. Ihr Bräutigam war Soldat. Die Kuhnert wurde anfangs Amme und stand zuletzt wieder als Dienstmädchen auf dem Bahnhof Zoologischer Garten in Dienst. Den Knaben hatte sie in Pflege gegeben. Dort war sie einige Mark des Kostgeldes schuldig geblieben. Als Frau Wintzlaff sie an die Begleichung der Schuld mahnte, bat die Kuhnert um Aufschub und fügte hinzu, daß sie das Kind verschenken werde, auch bereits eine bezügliche Ankündigung in einem hiesigen Lokalblatt erlassen habe. Am Montag Abend in der Dämmerung erschien sie unerwartet bei der Pflegemutter, um das Kind abzuholen. Sie gab auf eine Bemerkung der Pflegemutter über die rauhe Luft zur Antwort, daß ihr das Gehen mit dem Kinde bei Tage peinlich sei; sie werde es am Bahnhof Thiergarten einer schwarzgekleideten Dame übergeben, von der sie dort erwartet werde. Ein Tuch hatte sie zum Einwickeln mitgebracht. Frau W. mußte unter diesen Umständen den Knaben verabfolgen, zumal da die Mutter alle ihre Vorschläge abgelehnt und namentlich auch den Rath, sie möge sich um Unterstützung an Wohlthätigkeitsvereine wenden, kurz zurückgewiesen. Am Dienstag früh wurde die Leiche schon gefunden. Die Kuhnert hatte das Kind in den Thiergarten geschleppt und dort in mörderischer Absicht hingeworfen, nachdem sie es durch das in den Mund gestopfte Papier am Schreien verhindert hatte. Das Kleid hat sie dem Knaben ausgezogen und nach der That im Thiergarten vergraben. In der Nacht gegen 2 Uhr wurde sie vom 75. Revier in einer Droschke abgeholt und der Kriminalpolizei zugeführt.

Durch Hundebisse schwer verletzt wurde der in der Chausseestraße wohnende Kaufmann B. Auf dem Bürgersteig in der Chausseestraße balgten sich am Dienstag Nachmittag zwei Hunde, die sich buchstäblich ineinander verbissen hatten. Herr B. versuchte nun, die beiden Thiere auseinander zu bringen, worauf der eine Hund, ein Leonberger, auf den Kaufmann zusprang und seine Zähne in die rechte Hand desselben vergrub. Das wüthende Thier zerfleischte ihm förmlich die Finger und verletzte die Knochen der Hand. Die Verwundungen waren so schwerer Natur, daß B. sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Die Unsitte mancher Personen, Glassplitter von zertrümmerten Gegenständen auf dem Bürgersteig oder Fahrdamm liegen zu lassen, hat zu einem schweren Unglücksfall Veranlassung gegeben. Am Dienstag Abend passirte der Kaufmann K. auf einem Zweirad die Schönhauser Allee. In der Dunkelheit übersah er die Scherben einer auf dem Fahrdamm liegenden Flasche, über welche das Fahrrad hinwegrollte. Die Pneumatik des Vorderrades wurde durchschnitten und die Luftentweichung erfolgte nun so plötzlich, daß das Rad umschlug und K. mit großer Gewalt auf das Straßenpflaster geschleudert wurde. Er erlitt anscheinend innere Verletzungen und mußte sich in einer Droschke nach seiner Wohnung begeben.

Zu einer großen Schlägerei artete in der Nacht zum Mittwoch ein an sich winziger Vorgang aus. Zwei Männer, angeblich ein entlassener Schutzmann und ein Mechaniker traten gegen 1 Uhr früh in das Borrmann'sche Wirthshaus, Elsasserstr. 29, ein. Der erstere benutzte zum Austreten nicht den ihm vom Wirth bezeichneten Ort auf dem Hofe, sondern einfach den Korridor. Als ein anderer Gast damit nicht einverstanden war, ergriff der unsaubere Herr ein Bierglas, um auf ihn einzuschlagen. Der Wirth forderte nun die beiden zuerst Genannten zum Verlassen der Wirthschaft auf, wurde aber von ihnen angegriffen. Andere Besucher des Lokals unterstützten die Bestrebungen des Wirthes, der sich nunmehr eines Gummischlauchs bediente, um die Ruhestörer gewaltsam zu entfernen. Dabei trug der ehemalige Schutzmann Verwundungen am Kopf davon, und sein Begleiter soll das rechte Auge eingebüßt haben. Trotzdem versuchten beide das Lokal wieder zu betreten. Bei dem Lärm, der diesen Vorgang begleitete, hatte sich auf der Straße eine große Menschenansammlung gebildet, die gegen den Gastwirth Borrmann Stimmung machte. Diesem blieb nichts übrig, als das Lokal zu schließen und die Rollade herunterzulassen. Das schien aber das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff von außen. Die Rollade wurde hochgeschoben; die Fenster des Ladens und der Thür, sowie das Transparent zertrümmert, und die Angreifer drangen in das Innere des Wirthshauses ein, hier Stühle und Inventar zerschlagend. Der Wirth rettete sich vor einem Ueberfall durch eine Hinterthüre in das Treppenhaus. Inzwischen war ein größeres Polizeiaufgebot auf dem Platz erschienen, das mehrere Personen, darunter auch die Skandalmacher, festnahm.

Tödtlicher Absturz aus dem Fenster. Die Frau eines Schneidermeisters in der Winsstraße verließ gestern Vormittag ihre im vierten Stock des Seitenflügels gelegene Wohnung, in derselben ihren sechsjährigen Sohn zurücklassend. Der Knabe bog sich zum offenen Fenster hinaus, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte auf den Hof hinab, wo er mit zerschmetertem Schädel liegen blieb.

Von „Bierzauberern" wissen hiesige Blätter zu berichten. So nennt man nämlich in Gastwirthskreisen die in letzter Zeit besonders häufig auftauchenden Schwindler, welche allerhand „Rezepte" zur privaten Bierbereitung empfehlen und gegen gutes Geld an den Mann bringen. Eine derartige Ankündigung, die kürzlich auftauchte, lautete: „Bier selbst bereiten kann sich jeder ohne besondere Apparate. Anleitung zur Herstellung von Malz-, Braun- und Weißbier versende gegen Einsendung von 1 M. in Briefmarken. 50 Prozent Ersparniß, eventuell Existenz. Bezugsquellen-Verzeichniß füge bei." — Es sollen gegen den Mann, der Bier jeder Art ohne Apparat im Handumdrehen zubereiten lehrt, bereits verschiedene Strafanzeigen eingelaufen sein, so daß die Behörde seiner „Briefmarken-Sammlung" bald ein Ende machen dürfte.

Straßensperrung. Die Viktoria-Brücke nebst Anrampungen wird behufs Umpflasterung vom 11. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Die Angelegenheit des schwindelhaften früheren Expedienten und Inseratensammlers der „Rixdorfer Zeitung", Konitzky, über dessen industrieritterliche Thätigkeit wir unlängst berichteten, hat nunmehr die zu erwartende Wendung genommen, nachdem die Staatsanwaltschaft sich mit derselben befaßt hat. Nicht uninteressant ist es übrigens, daß sich der Gefängnißkandidat, nachdem er aus seinem Thätigkeitsverhältnisse bei der „Rixdorfer Ztg." entlassen war, und nachdem er die Selbstmordkomödie inszenirt hatte, es ihm trotz alledem in letzter Zeit doch gelungen war, sich zum Zeitungsverleger und Herausgeber emporzuschwingen. Das von ihm gegründete, herausgegebene und verlegte Bezirksblättchen nennt sich „Die Hasenhaide" und war es bei dieser Gründung natürlich zumeist auf den Inseratenfang abgesehen, bei welchem dem K. seine frühere Thätigkeit als Inseratensammler zu statten kam. Der Kapitalist, welcher ihm das nöthige kleine Geld für den Anfang und auch zum Leben vorstreckte, fand sich in der Landgerichtsräthin B., einer 70jährigen Dame, welcher K. ein ganz erhebliches Sümmchen abzulocken verstanden hat. Auch für die Frau Landgerichtsräthin wird, wie für so viele andere, Konitzky eine „theuere" Erinnerung sein.

In eine gefährliche Lage gerieth am Dienstag Nachmittag auf der Spree gegenüber dem Treptower Park ein junger Mann, der in einem Sportsboot, einem sogenannten Seelenverkäufer, die Oberspree passirte. Der junge Mann kreuzte das Fahrwasser kurz vor dem stromabwärts fahrenden Schleppdampfer „Heinrich", an dem er dann rechts vorbeifuhr. Hierbei gerieth das leichte Fahrzeug in die Schlagwellen des Dampfers und kenterte. Der Ruderer gerieth dabei unter sein Fahrzeug, blieb mit der Kleidung am Petschelgürtel hängen und vermochte sich nicht zu befreien. Schiffer kamen dem Verunglückten zu Hilfe, doch vermochten sie ihn erst zu retten, nachdem es gelungen war, das Sportsboot wieder flott zu machen. In besinnungslosem Zustande wurde er auf den Dampfer gebracht, wo sich der junge Mann bald wieder erholte.

Von einer verunglückten Kremserpartie wird uns folgende Mittheilung gemacht: Eine Anzahl Berliner Ausflügler, welche am Montag dem Bergmannsfest in Rüdersdorf beigewohnt hatten, wollten abends gegen 10 Uhr die Rückfahrt nach Berlin antreten. Da die Dampfer um diese Zeit nicht mehr verkehrten, so miethete die aus 15 Personen bestehende Gesellschaft für die Fahrt nach Erkner einen Kremser, der jedoch nur für 12 Personen abgenommen war. Als sich das überlastete Gefährt zwischen Woltersdorf und Erkner befand, brach der Wagen plötzlich mitten durch und die Passagiere stürzten auf das Chausseepflaster. Hierbei erlitten fünf Personen mehr oder weniger erhebliche Verletzungen. Zwei der Verletzten, eine in der Greifswalderstraße wohnende Frau H. sowie ein 8jähriges Mädchen mußten in Erkner ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Die Straßenbahnlinie Unter den Linden—Reinickendorf wird dem Vernehmen nach von der gegenwärtigen Haltestelle am See bis nach dem alten Dorf verlängert werden. Die Gemeindebehörde hat zu dem Ausbau der Linie bereits ihre Zustimmung ertheilt. Die Verlängerung erfolgt gleichzeitig mit der Umwandlung des Pferdebahnbetriebes der Linie in electrischen Anfang nächsten Jahres.

Durch leichtfertiges Umgehen mit einer geladenen Schießwaffe hat ein aus der Umgegend von Berlin gebürtiger junger Mann seinen Tod gefunden. Der 17jährige Schmiedegeselle Fritz Ehrenberg aus Seeburg bei Berlin, der bei dem Schmiedemeister Joch in Züllchow i. P. in Arbeit stand, kam mit dem ihm befreundeten Tischlergesellen Tornow aus Züllchow in das Körner'sche Restaurant daselbst, um den Sohn der Besitzerin zu einem Spaziergange abzuholen. Während beide sich noch im Lokal aufhielten, zeigte ihnen der junge Körner ein geladenes Tesching. Tornow, der sich die Waffe näher ansehen wollte, nahm dieselbe an sich und berührte dabei unvorsichtigerweise den vermuthlich gespannten Hahn. In demselben Augenblicke krachte auch schon ein Schuß und die Kugel drang dem in der Nähe stehenden Ehrenberg unterhalb des rechten Auges in den Kopf, so daß der Getroffene schwerverletzt zu Boden stürzte. Der Bedauernswerthe, der der einzige Sohn seiner Eltern ist, sollte nach dem Johanniter-Krankenhause gebracht werden, doch starb er noch während des Transportes nach dort. Der unglückliche Schütze stellte sich selbst der Behörde.

Eine planmäßige Hundevertilgung scheint seit einiger Zeit in Schöneberg verübt zu werden. Schon jahrelang ist in dem Orte darüber geklagt worden, daß sich in seinen Straßen so unverhältnißmäßig viele große Hunde umhertreiben. Verschiedene Unfälle, die durch solche Thiere besonders Kindern zugefügt sind, haben in der Einwohnerschaft schon viel böses Blut gemacht. Da außerdem auch die frühere Gemeindeverwaltung sich nicht dazu verstehen wollte, für die großen Hunde den Maulkorbzwang einzuführen, so bildete sich in Schöneberg allmälig eine förmliche Hundeplage heraus. Diese hat nun, wie es scheint, dazu geführt, daß einzelne Personen zur Selbsthilfe gegriffen haben. Denn vor kurzem sind im „Friedenauer Ortstheile" drei große werthvolle Hunde, denen vergiftetes Fleisch vorgeworfen war, auf der Straße verendet. Und diese Fälle haben sich dann bald derartig vermehrt, daß im Zeitraum von ungefähr einer Woche gegen 20 Fälle zur Kenntniß der Polizei gekommen sind. Die Polizeibehörde hat zwar sofort das Ermittelungsverfahren eingeleitet. Bisher aber hat dasselbe noch nicht den mindesten Erfolg gehabt.

Soziale Rechtspflege.

Die sogenannten Ausgleichsquittungen richten immer noch Unheil an, obwohl schon so oft davor gewarnt wurde. Es sind dies die Scheine, die besonders pfiffige Arbeitgeber den entlassenen Arbeitern oder Arbeiterinnen zur Unterschrift vorlegen und worauf steht, daß der Unterzeichnete seinen Lohn sowie seine Papiere erhalten und keinerlei Forderungen mehr an die Firma so und so habe. Viele lassen sich durch die ersten Sätze, die sich auf den Lohn und die Papiere beziehen, fangen und unterschreiben, um dann nachher vor dem Gewerbegericht beim Geltendmachen von Entschädigungsansprüchen wegen unberechtigter Entlassung zu erfahren, daß sie sich selber durch die Unterschrift jeder Forderung an die Beklagten beraubt haben. Die Unterschrift bindet und Einwendungen wie die, man habe nicht genau hingesehen und geglaubt, es seien nur der Lohn und die Bücher gemeint, sind zwecklos. Nur wenn die Unterschrift unter dem Eindrucke hochnothpeinlichen Zwanges erfolgt, gilt sie nicht. Nach der Praxis des Berliner Gewerbegerichts bindet eine solche Unterschrift auch dann, wenn zu befürchten war, daß bei der Weigerung, sie zu leisten, der Lohn dem Unterzeichner vorenthalten werden würde. Ein solcher Fall beschäftigte eine der letzten Sitzungen des Gewerbegerichts. Die Frau des Beklagten Schlesinger gab ungenirt zu, daß sie das Auszahlen des Lohnes von der Unterschrift abhängig gemacht habe. Vergleichsvorschläge wurden zunächst strikte abgewiesen. Herr Schlesinger erklärte mit Pathos wörtlich: Ich bestehe auf meinen Schein! Schließlich kam doch ein Vergleich zu stande. Die Klägerin, eine Taillenarbeiterin, erhielt 7,50 M. Der Vorsitzende warnte sie darauf, nichts zu unterschreiben, was sie nicht genau gelesen und verstanden habe. Ausdrücklich hob er hervor, daß das Gericht sie ohne den Vergleich hätte abweisen müssen.

Wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts wurde der Bierfahrer H. mit einer Klage gegen den Brauereibesitzer Wasserfuß abgewiesen. Das Gericht hatte festgestellt, daß H. eine Provision von dem verkauften Biere erhielt, und es führte aus, nach einem Reichsgerichtserkenntniß seien alle Bierfahrer, die auf Provision arbeiteten, als Handlungsgehilfen anzusehen.

Mord und Betriebsunfall. Am 9. April 1896 hatte sich auf dem Gehöft des Landwirthes Hentschel dessen augenscheinlich mit der Familie verfallener Bruder eingefunden und ohne weiteres großen Skandal gemacht. Er war betrunken und beschimpfte zunächst seine Schwägerin, die sich im Zimmer aufhielt. Die Frau wies ihn hinaus, worauf er eine unglücklicherweise in seiner Nähe stehende Doppelflinte ergriff und auf sie schoß. Der Schuß ging fehl, damit war aber noch nicht alles Unheil abgewendet. Der Hofbesitzer rief seinen Leuten, wie auch einigen Zimmerern, die im Auftrage des Zimmermeisters Knoll mit dem Behauen von Bauhölzern auf dem Hofe beschäftigt waren, zu, sie sollten dem Rasenden das Gewehr abnehmen. Der Zimmerer Werner wollte dies thun, sowie er aber in die Nähe des Betrunkenen kam, richtete dieser das Gewehr auf ihn und drückte los. Tödtlich verletzt stürzte Werner zusammen. Der Mörder wurde zum Tode verurtheilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Die Hinterbliebenen seines Opfers verlangten vergeblich von der Baugewerks-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, und das Schiedsgericht und das Reichs-Versicherungsamt wiesen ihren Anspruch ebenfalls ab. Das Rekursgericht machte sich die folgenden Gründe des Schiedsgerichtes zu eigen: Die Zeugenaussagen und die vorgelegten Zeichnungen ergäben, daß W. sich nicht an seinem engeren Arbeitsplatze befand, als er erschossen wurde. Demnach könne das Vorliegen eines Betriebsunfalles nicht angenommen werden, denn wenn auch das Unglück auf der Betriebsstätte passirt sei, so stehe doch das Erschießen in keinem ursächlichen Zusammenhange mit der Arbeit des Erschossenen selber. Etwas anderes wäre es, wenn der Mörder die Zimmerleute bedroht hätte, als sie bei ihrer Arbeit standen, oder wenn der Zimmermeister Knoll seine Gesellen aufgefordert hätte, dem Manne das Gewehr wegzunehmen. Die Aufforderung des Bauherrn sei nicht maßgebend.

Gerichts-Zeitung.

Die kaiserliche Torpedo-Werkstatt in Kiel gegen die „Schleswig-Holstein. Volkszeitung". Die Leser des „Vorwärts" entsinnen sich wohl noch der von uns gemeldeten ersten Ungesetzlichkeit im diesjährigen Wahlkampf, der Verhaftung zweier Genossen bei der Flugblattverbreitung in Dänischenhagen und des weiteren Verlaufs der Angelegenheit, der Entlassung dieser Genossen auf der kaiserl. Torpedo-Werkstatt in Friedrichsort.

Diese Entlassung war in einem Bericht der „Schleswig-Holstein. Volkszeitung" scharf gerügt und dabei unter anderem bemerkt worden, die Direktion der obengenannten Werkstätte habe sich über Verfassung und Gewerbe-Ordnung hinweggesetzt. Dadurch hatte sich der Leiter der Werkstätte, Korvettenkapitän Meyeringh beleidigt gefühlt und Strafantrag gestellt. Das Strafverfahren wurde eingeleitet. Am Dienstag fand die Verhandlung statt, die zu einer recht interessanten sich gestaltete, gab sie doch namentlich dem Staatsanwalt Gelegenheit, seine Meinung über die Entlassung auszusprechen. „In knappen, nüchternen Worten erklärte der als Zeuge vernommene Korvettenkapitän Meyeringh, die Entlassung sei wegen der ihm bekannt gewordenen Flugblattverbreitung erfolgt. Dadurch hätten sich die beiden Arbeiter als sozialistische Agitatoren erwiesen und seien nicht mehr geeignet gewesen, auf der Torpedo-Werkstätte beschäftigt zu werden.")

Als ein gar unerbittlicher Herr erwies sich der Herr Staatsanwalt. „Ein unerhörtes Betragen" sei die Flugblattverbreitung gewesen. Zwar könne es niemanden versagt werden, eine eigene Meinung zu haben, wenn jedoch Leute gegen ihren eigenen Zweck wirkten, indem sie sozialistische Flugblätter verbreiteten, und dadurch die Fahne des Krieges durchs Land trügen, dann sei es eine unerhörte Schlappheit der Marinebetriebe, wenn sie solche Leute länger duldeten.

Eine ganz besondere Nachsicht sei es in diesem Falle noch gewesen, daß die Torpedo-Werkstatt eine 14tägige Kündigungsfrist innegehalten und nicht sofort die Leute vor die Thür gesetzt habe. Ob die Werkstätte überhaupt an die Gewerbe-Ordnung gebunden sei, sei sehr fraglich, da sie ja — — kein Gewerbe betreibe. Die beiden Arbeiter hätten sich einer Untreue schuldig gemacht, wenn auch nicht im Sinne des Strafgesetzes, so doch immerhin dadurch, daß sie versucht hätten, dem staatlichen Betrieb den Lebensnerv abzuschneiden und gegen dessen Lebensinteressen gewirkt hätten. Die Ausdrücke „schofel" und „gegen Verfassung und Gewerbe-Ordnung vorgehen", seien völlig unmotivirt und beleidigend und deshalb sei eine Gefängnißstrafe von drei Monaten am Platze.

Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängniß und die üblichen Nebenstrafen. Bei der „Praxis", die der Angeklagte in Preßprozessen hätte, habe dieser wissen müssen, daß eine Beleidigung vorliege. Der Beweis für die Behauptungen in dem fraglichen Zeitungsbericht sei nicht erbracht.

Die Sache liegt jetzt also so: Nach der Verfassung und der Gewerbe-Ordnung ist jeder berechtigt, Flugblätter zu verbreiten. Das Recht ist keinem abzustreiten. Wenn aber der Arbeiter einer staatlichen Werkstätte dieses Recht für sich gebraucht und sozialistische Flugblätter vertheilt (der Gerichtspräsident würde sprechen: „Mit Flugblättern sich herumtreibt"**) und dann entlassen wird, so ist dieses nicht eine Hinwegsetzung über Verfassung und Gewerbe-Ordnung, sondern — Recht.

Die heutige Verhandlung hat wieder einmal den klaffenden Gegensatz zwischen Rechtsanschauung der Berufsrichter und dem Rechtsempfinden des Volkes mit erschreckender Deutlichkeit offenbart.

Eine gröbliche Vernachlässigung bei Ausübung seines Dienstes führte gestern den Briefträger Joseph G. vor die 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte eines Morgens dem Tapezierer M. einen gerichtlichen Strafbefehl zuzustellen. Es wurde ihm auf sein wiederholtes Klingeln nicht geöffnet. Er hätte das Schriftstück wieder mit sich nehmen und bei der nächsten Bestellung einen neuen Versuch machen müssen. Anstatt dessen steckte er das Schreiben in den Briefkasten, der sich neben der Thür befand und machte sodann in der Zustellungs-Urkunde den Vermerk, daß er den Brief der Ehefrau M. persönlich übergeben habe. Der Schritt hatte für den Angeklagten schwere Folgen, er wurde aus dem Amte entlassen und erhielt eine Anklage wegen Urkundenfälschung. Im Termine gestand der Angeklagte ein, daß er gefehlt habe. Als Milderungsgrund führte er an, daß er die Ehefrau M. zwei Stunden vorher bei der ersten Bestellung angetroffen und deshalb angenommen habe, daß sie sich bei der zweiten Bestellung nur auf kurze Zeit entfernt habe, um Einkäufe zu machen. Sie mußte jedenfalls den Brief bei ihrer Rückkunft im Kasten finden. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen, der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, erzielte, daß der Gerichtshof es bei dem zulässig niedrigsten Strafmaß — einen Monat Gefängniß — beließ.

Wegen Arrestbruchs, beziehungsweise Beihilfe dazu waren der Bauunternehmer Hopp zu einer Woche und der Maurer Wilhelm Schüler zu fünf Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

*) Die Frage des Angeklagten, wie dem Zeugen die Flugblattverbreitung der Arbeiter bekannt geworden sei, wurde vom Vorsitzenden zurückgewiesen.

**) Als während der Verhandlung die Rede auf einen noch draußen stehenden Zeugen, einem der entlassenen Arbeiter kam, frug er, ob er der sei, „der mit Flugblättern sich herumgetrieben" habe.

Das Schöffengericht hatte folgenden Sachverhalt als erwiesen angenommen: Ein Gläubiger des Hopp wollte diesen auf grund eines rechtskräftigen Urtheils pfänden lassen. Hopp leitete damals einen Bau neben der Warschauer Brücke, und der Gläubiger hielt den Zeitpunkt zur Vornahme einer Pfändung am geeignetsten, wenn Hopp sich nach dem Neubau begab. An einem frühen Morgen faßte der Gläubiger, der sich den Gerichtsvollzieher Zweiling mitgenommen hatte, den Hopp in dem Augenblick ab, als dieser die Treppe, die zum Bahnhofe Warschauerstraße führte, hinaufsteigen wollte. Der Gerichtsvollzieher stellte sich dem Hopp vor und ersuchte ihn, sein Portemonnaie herauszugeben. Hopp griff in die Tasche, holte das Portemonnaie hervor und reichte es nicht dem Gerichtsvollzieher, sondern einem Manne, der auf der anderen Seite von ihm stand. Dies war der dem Hopp bis dahin völlig unbekannte Schüler. Dieser verstand die Situation sofort, er ließ das Portemonnaie in seine Tasche gleiten. Nun vertauschte der Gerichtsvollzieher schleunigst den Hut mit seiner Beamtenmütze, die er bis dahin unter seinem Rock verborgen gehalten, und machte dem Schüler darüber Vorstellungen, daß er sich strafbar mache, wenn er das Portemonnaie nicht sofort dem Hopp wieder zurückgäbe. Schüler soll in der Tasche eine Bewegung mit der Hand gemacht haben, als öffne er das Portemonnaie und lasse den Inhalt herausfallen. Dann gab er dem Hopp das Portemonnaie zurück. Dieser veranlaßte nun den Gerichtsvollzieher, ihm nach dem Neubau zu folgen, um dort die Sache zu regeln. H. schlüpfte hier als erster durch die Thür und schlug sie so schnell und heftig hinter sich ins Schloß, daß der Gerichtsvollzieher draußen bleiben und diesmal von einer Pfändung Abstand nehmen mußte.

Die zweite Instanz hatte das schöffengerichtliche Urtheil bestätigt, das Kammergericht vermißte dagegen den Nachweis, daß es sich um eine gerichtliche Pfändung handelte und verwies die Sache mit Bezug auf diesen Angeklagten in die Vorinstanz zurück. Die gestrige nochmalige Verhandlung vor der fünften Ferien-Strafkammer des Landgerichts I endete damit, daß Schüler nicht der Beihilfe zum Arrestbruch, sondern nur der Begünstigung für schuldig befunden und deshalb zu einer Geldstrafe von 20 M. verurtheilt wurde.

Durch die Ueberhandnahme des Radfahrens haben sich auch die dadurch verursachten Unglücksfälle derartig vermehrt, daß täglich verschiedene derartige Fälle zur Kenntniß der Gerichte gelangen. Gestern wurden von den verschiedenen Abtheilungen des Schöffengerichts nicht weniger als fünf Radfahrer, welche unvorsichtigerweise Leute auf der Straße überfahren und mehr oder weniger verletzt hatten, zu Geldstrafen verurtheilt, deren Höhe sich zwischen 30 und 50 M. bewegte.

Die Handelsleute Gustav Stein und Herm. Matzke gründeten in diesem Frühjahre ein gemeinsames Geschäft im Hause Germannstr. 5. Die Geschäftsräume bestanden aus einer einzigen Stube, das Lager aus einer Anzahl Oeldruckbilder. Die beiderseitigen Geschäftseinlagen betrugen nur ganz geringfügige Summen. Wie bei so vielen derartigen Unternehmungen, wurde auch in diesem Falle der gefährliche Weg beschritten, durch Kautionsschwindel die nöthigen Betriebsmittel zu verschaffen. Die beiden Geschäftsinhaber beauftragten einen Stellenvermittler, ihnen einen jungen Mann zuzuschicken, welcher 300 M. Kaution hinterlegen könne. Ein stellenloser Diener war der Unglückliche, der sich um die Stelle eines Kassirers bei den Bilderhändlern bewarb. Stein empfing ihn und verhandelte mit ihm. Dem Bewerber wurde vorgeredet, daß das Geschäft dermaßen in Aufschwung gekommen sei, daß bereits zwanzig Reisende und vier Kassirer beschäftigt seien. Jetzt habe sich die Nothwendigkeit herausgestellt, noch einen fünften Kassirer anzustellen, der ebenso wie seine Kollegen eine Kaution von 300 M. zu hinterlegen habe. Der Bewerber ließ sich bethören, er opferte die 300 M. und trat die Stellung an. Er sah bald ein, daß er unreellen Leuten in die Finger gefallen war. Er war der einzige Kassirer in dem Geschäft und es waren kaum insgesammt 50 M., die er innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen von den Kunden hatte einziehen können. Er wollte den Dienst wieder aufgeben und verlangte seine Kaution zurück. Seine Entlassung erhielt er, das Geld konnten seine Chefs ihm nicht zurückgeben, da sie es ihrer Angabe nach als eine Geschäftseinlage angesehen und dementsprechend verwendet hatten. Bei dieser Behauptung blieben sie auch im gestrigen Termine vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts, vor der sie sich wegen Betruges zu verantworten hatten.

Der Gerichtshof gewann durch die Beweisaufnahme die Ueberzeugung, daß eine der ganz gewöhnlichen Kautionsschwindeleien vorlag. Stein wurde zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt, während der weniger betheiligte Matzke mit einem Monat davonkam.

Der Eishändler Albrecht zu Plötzensee besitzt auf seinem Grundstücke kleine Teiche, welche seiner Behauptung nach werthvolle Fische bergen. Es wurde wiederholt von Unbefugten darin gefischt, so daß Albrecht am Rande seiner Besitzung eine Tafel anbringen lassen mußte, wonach vor dem Betreten des Grundstücks bei sofortiger Pfändung gewarnt wurde. An einem Maitage hatte der Schutzmann Ackermann einen dienstfreien Nachmittag dazu benutzt, mit seiner Familie einen Ausflug zu machen. Ackermann schob den Kinderwagen. Er bemerkte die Warnungstafel nicht, schob den Kinderwagen auf eine kleine Anhöhe, Frau und Kind setzten sich auf den Rasen und Ackermann begab sich an einen der kleinen Teiche, um dort mit Hilfe seines Spazierstocks, an dessen Ende er ein kleines Netz befestigt hatte, einige kleine Fische für sein Aquarium zu fangen. Bei dieser Beschäftigung wurde er von Albrecht betroffen. Dieser erklärte zunächst, daß er den Kinderwagen pfänden wolle, nahm dann aber davon Abstand, als Ackermann erklärte, daß er Schutzmann sei. Albrecht führte einen großen Hund bei sich und als Ackermann das Grundstück nicht schnell genug verließ, hetzte er den Hund auf ihn. Ackermann erlitt mehrere Bißwunden am Arm und am Daumen. Albrecht hatte sich auf grund dieses Vorfalls gestern vor der 129. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Körperverletzung zu verantworten. Der Gerichtshof belegte ihn mit einer Geldstrafe von 20 M., wobei mildernd in Berücksichtigung gezogen wurde, daß der Zeuge Ackermann unbefugterweise auf dem Grundbesitz des Angeklagten gefischt hatte.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im Viktoria-Garten (Badstraße) eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des letzthin verstorbenen Genossen Schmitz durch Erheben von den Sitzen. Dann ergriff Genosse Robert Schmidt das Wort, um in einem interessanten Vortrage: „Wie stellen wir uns zu der neuen Innungsorganisation?" die diesbezüglichen Fragen eingehend zu beleuchten. In der Diskussion theilt das Mitglied Kröhn nicht ganz die Ansicht des Vortragenden, da er sich von der Betheiligung an dem Gesellenausschuß nur noch größere Maßregelungen verspricht. Schneider spricht sich im Sinne des Referenten aus, der darauf noch einige an ihn gerichtete Fragen beantwortet. — In Vereinsangelegenheiten fordert Funk zum Eintritt in den Wahlverein auf, während Krause die Genossen ersucht, doch nicht, wie es neulich in Reinickendorf vorgekommen sei, gesperrte Lokale zu besuchen.

Die Einsetzer hielten am 31. Juli ihre statutengemäße Versammlung ab. In derselben wurden die Mißstände, die noch in verschiedenen Geschäften obwalten, zur Sprache gebracht. Es wurde beschlossen, mit aller Kraft darauf hinzuarbeiten, dieselben abzuschaffen. Von der Firma Sommerlatte in Stralau wurde behauptet, sie klebe wohl die Marken ein, ziehe aber am Zahltage den ganzen Betrag ab, ohne den gesetzlichen eigenen Beitrag zuzuzahlen. Die Kollegen wurden aufgefordert, am Montag vorstellig zu werden und den Tarif voll zur Geltung zu bringen. Nach dreitägiger Verhandlung ist alles bewilligt worden. Mehrere Kollegen von auswärtigen Meistern sind ebenfalls mit der Forderung herangetreten, aber bis jetzt ist die Kommission noch nicht in Kenntniß gesetzt, wie weit die Verhandlungen gediehen sind. Im ganzen konnten ganz erfreuliche Resultate konstatirt werden; von den hiesigen Firmen haben schon ein ganz ansehnlicher Theil den Tarif anerkannt. Es muß kräftig weiter gearbeitet werden.

Die freie Vereinigung selbständiger Barbiere, Friseure 2c. hielt am 1. d. M. in Schiller's Restaurant, Rosenthalerstr. 57, eine Versammlung ab. Dr. Wollheim hielt einen Vortrag über: „Lebenshaltung und Menschenrechte." Die Ausführungen fanden ungetheilten Beifall. Die Wahl der Fachschullehrer wurde bis zur nächsten am 22. d. M. stattfindenden Versammlung vertagt. Für die Fachschulkommission wurden die Kollegen Schrolle, Riesebeck, Junke und Christoph gewählt. Ferner wurde beschlossen, Listen anzufertigen, auf welchen Namen und Wohnungen derjenigen Kollegen angeführt sind, welche Aemter in der Vereinigung inne haben. Aufgenommen wurden die Kollegen F. Koch und R. Haak, beide aus Neu-Weißensee. Schrotte ersuchte um recht starke Betheiligung an dem Ausflug mit Damen, der am 15. d. M. nach Finkenkrug stattfindet. Abfahrt 9 Uhr 43 Min. vom Lehrter Hauptbahnhof, Fahrpreis hin und zurück 80 Pf.

Der Verein der Mosaik-Fliesenleger hielt am 4. August seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Gen. Keßler einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Ist es nothwendig, in den Gewerkschaften Politik zu treiben?" hielt. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Unter Punkt Verschiedenes wurde darauf hingewiesen, daß es unbedingt nothwendig ist, ein die Interessen der Gewerkschaft vertretendes Blatt zu abonniren. Darauf wurde beschlossen, „Die Einigkeit" als Vereins-Organ für jedes Mitglied einzuführen. Der Führer des Arbeitsnachweises der Fliesenleger, Kollege Fritz Pflüger, Steinmetzstr. 36, macht bekannt, daß im verflossenen Halbjahr kein Kollege den Nachweis benutzte, obwohl von seiten der Unternehmer dreimal derselbe benutzt wurde. Er fordert die Kollegen auf, den Arbeitsnachweis durch ihre Interessenlosigkeit nicht illusorisch zu machen, sondern denselben bei jeder erforderlichen Gelegenheit zu benutzen, um dadurch den Chefs den Grund des Drängens auf Ueberstundenarbeit zu nehmen.

Die regelmäßige Mitgliederversammlung der Händler fand am 5. d. M. bei Hoppe, Ackerstraße, statt. Von einer Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag: „Volksrechte und Staatsgesetze" wurde Abstand genommen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gemacht, daß in der am Freitag nach dem 15. d. M. bei Jauer, Fruchtstraße stattfindenden Mitgliederversammlung ein Vortrag gehalten wird über Freiheitsdrang und Poesie. Gleichzeitig unter Verschiedenem wurde auf die am 12. d. M. im Englischen Garten einberufene öffentliche Händlerversammlung hingewiesen, in welcher Beschlüsse gefaßt werden sollen, durch welche es möglich ist, die die Händler bedrückenden Polizeiverordnungen rechtlich anzufechten. Jedem Händler wurde zur Pflicht gemacht, für diese so wichtige Versammlung zu agitiren.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 6. d. M. seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom II. Quartal ergab als Einnahme 549,40 M. Hierzu kommt noch der Bestand vom I. Quartal mit 1672,41 M., so daß sich eine Gesammteinnahme von 2221,81 M. ergiebt, der Ausgaben in der Höhe von 933,50 M. gegenüberstehen, so daß ein Bestand vom II. Quartal von 1238,31 M. verbleibt. In die Arbeitsvermittelungs-Kommission wurden gewählt die Kollegen: Thomas, Maler, Tegler, Haberlandt, Pestner, Karl Rüdiger. Unter Vereinsangelegenheiten wird mitgetheilt, daß die Einführung des Marken-Kontrollsystems bei der Firma Wagner durch einmüthiges Zusammenhalten der Kollegen inhibirt wurde.

Die Möbelpolirer der Filiale Weißensee hielten am 6. August im Lokal von Kühne eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Zum 1. Theil der Tagesordnung hielt Kollege Reuter einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Arbeitslosenunterstützung. Redner legte in klarer Weise die Entwickelung der Arbeitslosigkeit dar. Er betonte, daß die Arbeitslosenunterstützung seitens der Gewerkschaften nur ein Palliativmittel sei, eine alle Arbeitnehmer umfassende Versicherung einzuführen sei dagegen Pflicht des Staates. Nach einer lebhaften Diskussion erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bauarbeiter der Zahlstelle I hielten am Sonntag, den 7. d. M., ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Heidemann erstattete den Bericht über die Konferenz. Die Wahl eines Revisors fiel auf den Kollegen Oskar Nagel. Der Kollege W. Hein wurde gerügt, weil er Mulden u. s. w. dem Unternehmer liefere. Nach Erledigung verschiedener Plänkeleien brachte der Kollege Noack die Handlungsweise des Kolonnenführers A. Schlüter gegenüber der Kommission zur Sprache. Nachdem Schlüter hierauf zugab, einige gerade nicht schmeichelnde Ausdrücke gebraucht zu haben, wurde auf Antrag Noack beschlossen, daß Schlüter seine damals ausgesprochenen Absichten im „Vorwärts" sowie im „Arbeiter" zurückzunehmen habe.

Maschinisten. In der am Sonntag, den 7. d. M., stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Maschinisten, Heizer 2c. Berlins und Umgegend, wurde nach einem mit allseitigem Beifall aufgenommenen Referate des Genossen Litfin über „die wirthschaftlichen Umwälzungen und Entwickelungen der Gewerkschaften" Kollege Kirschnik als Kandidat zu den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen aufgestellt. Zum Schluß wurde auf Antrag Holz das Bureau beauftragt, mit der Gewerkschaftskommission in Verbindung zu treten, damit die in Dampfbetrieben beschäftigten organisirten Arbeiter die betreffenden Maschinisten und Heizer aufmerksam machen, daß dieselben sich der Organisation der Maschinisten und Heizer anschließen sollen. —

Die Schneider und Schneiderinnen hielten am Dienstag zwei Versammlungen ab mit der Tagesordnung: Die Konfektionsindustrie und das Elend ihrer Arbeiter.

Im Lokal „Sanssouci" in der Kottbuserstraße referirte Frau Reimann. Sie wies auf die Thatsache hin, daß die untereinander konkurrirenden Zwischenmeister zu den billigsten Preisen Arbeiten übernehmen und sich dadurch schadlos halten, daß sie die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in der unerhörtesten Weise drücken, wobei ihnen die Hausindustrie am besten zu statten kommt. Die Rednerin schilderte an einer Anzahl von Beispielen das ungeheuere Elend, welches in sanitärer und sittlicher Hinsicht aus den mangelhaften Einrichtungen der Arbeitsstuben entspringt. Wie aus dem reichhaltigen Material, welches die Referentin anführte, hervorgeht, sind es nicht nur die Arbeitsräume von Zwischenmeistern, sondern auch Werkstätten großer und angesehener Firmen, die in mancher Hinsicht so erbärmlich sind, daß man sich veranlaßt sehe, die zuständige Behörde auf diese Mißstände aufmerksam zu machen. Die angeführten Fälle bewiesen aufs neue, wie gerechtfertigt das Verlangen der Arbeiter nach Einrichtung guter Betriebswerkstätten und nach Ausdehnung der Fabrikaufsicht auf die Hausindustrie sei. Die Rednerin wies weiter auf die niedrigen Löhne in der Konfektionsindustrie hin. Wenn man in den Kreisen der Kollegen sage, es sei nach dem Streik, oder gar durch denselben schlechter geworden, so sei das ein Irrthum. Man sei nur infolge des Streiks aufmerksam geworden auf das ungeheure Elend, welches früher niemand beachtete, und welches auch von den Arbeitern und Arbeiterinnen als etwas Unvermeidliches hingenommen wurde. Wenn es besser werden solle, dann müßten die Kollegen und Kolleginnen einmüthig zusammenstehen und sich vor allen Dingen der Organisation anschließen. — Es folgte eine anregende Diskussion, in der mehrere Redner und Rednerinnen durch mancherlei Thatsachen die Darstellungen der Referentin ergänzten. Namentlich wurden die Zustände in den Werkstätten der Firma Maaßen einer scharfen Kritik unterzogen.

Die Filiale Berlin I der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter behandelte in ihrer Mitgliederversammlung die Gründung einer Kranken-Zuschußkasse. Nach langer gründlicher Diskussion erklärte sich die Versammlung mit der Gründung einer solchen einverstanden. Hierauf macht der Vorsitzende bekannt, daß alle der Bibliothek entliehenen Bücher sofort zurückzugeben sind behufs Ordnung der Bibliothek.

Rixdorf. Die hiesige Filiale der Brauerei-Arbeiter hielt am 21. Juli eine Versammlung ab, in der die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen wurde. Sodann wurde beschlossen, die Versammlungen am Sonntag nach dem 1. und 15. des Monats abzuhalten. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten forderte der Bevollmächtigte auf, mit den Streikmarken spätestens in der nächsten Versammlung am 21. August abzurechnen.

In unserem Bericht über die letzte Versammlung der Fabrik- und Modelltischler sendet uns die Maschinenfabrik für Mühlenbau vormals C. G. W. Kapler die folgende Richtigstellung:

„Die in Ihrer Zeitung von heute gebrachte Notiz über die Entlassung eines Modelltischlers beruht auf Unwahrheit. Der Sachverhalt ist folgender:

Nachdem der betreffende Modelltischler an zwei auf einander folgenden Montagen anstatt um 1/27 Uhr erst um 1/29 Uhr zur Arbeit kam, ohne sich bei seinem Vorgesetzten zu melden oder zu entschuldigen, und nachdem gleichzeitig im Laufe der letzten Woche dessen Arbeitsleistung minderwerthig geworden war, wurde beim letzten Zuspätkommen desselben, d. h. am Montag, den 1. d. M., beschlossen, ihn nach Fertigstellung seines vorliegenden Arbeitsstückes zu entlassen.

Fertigstellung des Arbeitsstückes und Entlassung erfolgten am 3. d. M. früh 8 1/2 Uhr.

Erst nach Entlassung seitens des Meisters hat letzterer von der durch den betreffenden Tischler unter seinen Arbeitskollegen verbreiteten Einladung zu einer Versammlung Kenntniß erhalten, so daß letztere Thatsache zur Entlassung des Mannes in keinem ursächlichen Zusammenhange steht."

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Brauerei Moabit, Thurmstr. 25/26: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Grundmann über „Die Ernährung, Magen- und Darmkrankheiten", demonstrirt an farbigen Lichtbildern.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (E. H. Nr. 3 Hamburg). Die Mitglieder der Verwaltungen Berlins und Umgegend versammeln sich am Freitag Abend präzise 8 1/2 Uhr bei Schöning, Köpnickerstraße 67.

Ortskrankenkasse für Schneider und Schneiderinnen. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Friedland (Schlesien). Das Zeug ging anläßlich der Wahl durch die ganze Presse. Wir haben damals das nöthige gesagt. Nun es zu wiederholen, liegt kein Anlaß vor.

F. B. 17.169. 1 und 2: Ja. Ihr Bruder könnte nur Interventionsklage anstrengen und Einstellungsbeschluß erwirken. 3 und 4: Dazu ist der Gerichtsvollzieher nicht berechtigt. Eine Beschwerde an das Amtsgericht ist zulässig, aber wohl etwas kleinlich.

Alter Sozialdemokrat W. Sch. Die Frage ist unverständlich. Sollte aber die Ejaculation der Kranken- und Begräbnißkasse der Buchbinder und verwandt. Berufsgenossen zu Berlin, E. H. Nr. 24, beziehentlich die Auszahlung des Vermögens an deren Mitglieder gemeint sein, dann wenden Sie sich an Br. Gröblehner, Berlin S., Britzerstr. 10. Dort erhalten Sie nähere Auskunft.

E. W. 21. Beziehen sich die Antworten im „Vorwärts vom 5. August unter E. W. nicht auf Ihre Anfragen, dann wiederholen Sie diese. — **B. P.** Die Kapitulation hebt Ihre kontraktlichen Verpflichtungen nicht auf. Wie weit diese gehen, ist ohne Einsicht in die Verträge nicht zu ersehen. — **F. B. 13.** Sie sind weder verpflichtet, die Wohnung zu nehmen, noch Ersatz zu leisten. — **Unwissend.** Legen Sie das Betreffende auf der Reichsbank unter Ihrem Namen mit Chiffre nieder. — **S. 10.** Darin liegt keine Beleidigung. — **Zwei Wettende.** Vierradener stammt aus Vierraden, einem Dorf bei Schwedt in der Provinz Brandenburg. — **F. L. 50.** Nein, Sie können jemand zur Abhebung bevollmächtigen, oder den Vormund um Uebersendung auf Ihre Kosten ersuchen. —

Briefkasten der Expedition.

M. Th. Es ist das gewöhnliche Frei-Exemplar. Eine andere Adresse stand uns nicht zur Verfügung.

Witterungsübersicht vom 10. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	762	WNW	4	wolkig	14	Haparanda	755	S	4	Regen	16
Hamburg	765	NW	2	hlb. bed.	13	Petersburg	765	SO	2	wolkenl.	22
Berlin	764	NW	5	wolkig	13	Cork	763	W	5	Regen	17
Wiesbaden	769	NW	2	hlb. bed.	13	Aberdeen	756	SO	5	bedeckt	11
München	770	W	5	bedeckt	11	Paris	770	NW	0	hlb. bed.	12
Wien	762	W	4	Regen	12						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. August 1898.

Etwas wärmer mit zunehmender Bewölkung, leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters 3586

Rudolph Federau

sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, der Firma Emil Ende, deren Personal und Arbeiter, dem Tischler-Verein und der Liedertafel des Tischler-Vereins unseren innigsten Dank.

Berlin, den 10. August 1898.

Meta Federau geb. Hirsch nebst Kindern und Schwiegersohn.

Todes-Anzeige.

Am 5. August verstarb unser Kamerad 3575

Gottlieb Meyer

Badstr. 62/63, infolge Unfalls auf der Baustelle. — Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 10. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paul-Kirchhofes in der Seestraße aus statt. — Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Die Kameraden des Baugeschäfts Ernst Meyer, Hochstr. 29a.

Todesanzeige.

Den Mitgliedern des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend zur Nachricht, daß das Mitglied

Gottlieb Meyer,

Badstraße 62/63, infolge Unfalls auf der Baustelle verstorben ist. [257/16

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paul-Kirchhofes, Seestraße, aus statt. Um rege Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Von der Reise zurückgekehrt.
Dr. Steuer, Ackerstr. 132, I.

Von der Reise zurück. 355b
Dr. Richard Cohn,
Wienerstr. 64.

Von der Reise zurück.
Dr. Joseph Löwenstein,
Kleine Frankfurterstr. 5. [3655

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Eingeschr. Hilfskasse Nr. 29 (Filiale **Berlin 2**).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Ortsbeamter, der Schlosser

Franz Bode

am Dienstag, den 9. August, infolge eines Unfalles mit der elektrischen Bahn verstorben ist.

Ehre seinem Angedenken.

Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittag 6 Uhr auf dem Neuen Jacobikirchhof in Britz statt.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme und für die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Schlossers **Louis Müller,** sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Arbeiter-Gesangverein „Liedesfreiheit" unsern innigsten Dank. 3615
Die trauernden Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Die Vertreter der Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin werden zu der am **19. August cr., abends 8 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72,** stattfindenden 3546

General-Versammlung

ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der am 26. April 1898 aufgeführten Tagesordnung.

Die Vertreterkarten, welche den Delegirten im August cr. zugestellt worden sind, haben nur Giltigkeit zur Theilnahme an den Versammlungen.

Der Vorstand:
Carl Stock, Vorsitzender, Wollinerstraße 30. **Heinrich Rülke,** Schriftführer, Graunstr. 25.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 11. August.

Neues Opern-Theater (Kroll). Der Prophet. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Vorher: Der Retter. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Der Unterpräfekt. Vorher: Im Negligé. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Troubadour. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Hero und Leander. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Der Veilchenfresser. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Herr und Frau Doktor. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Der Todtschläger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 9 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Hero und Leander.
Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets, auch die bereits ausgegebenen, haben Giltigkeit.
Freitag: Kean. Sonnabend: Die Waise aus Lowood. Sonntag: Deborah. Montag: Hüttenbesitzer.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Neues Programm! Max Grabow, Tanzkomiker. Geschw. Petram. Theater Fantocho. Dora Waldau. The two Terras. Jörgensen, Mimiker.
Anfang 5½ Uhr.
Passepartouts haben Giltigkeit.
Sonnabend: Sommernachts-Fest.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater
Chausseestr. 25/26.
Unwiderruflich
vorletzte Woche der Tilipuntaner
vor deren Abreise nach Amerika in ihrem großen Erfolg:
Zwei Tage Millionär.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Kinder zahlen Nachmittags die Hälfte.

Luisen-Theater.
34. Reichenbergerstraße 34.
Eröffnung der III. Saison.
Donnerstag, 18. August:
Zum 1. Male:
Seine Puppe.
Großes Volksstück mit Gesang in 3 Akten, nach dem Französischen frei bearbeitet von Max Schönau. Musik von Fritz Krause.
Die neuen Dekorationen: Villa am Wannsee und Bremerhaven, sind aus den Ateliers von Franz Schulz, die Nationalkostüme aus den Werkstätten von Berch u. Flothow.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
20 erstklassige Spezialitäten u. a.:
The 9 Torpedoes!
Trapnell-Family!
Mlle. Giordani.
Willon, — Antoni.
Ferner „Punch", das
sprechende Pferd
und die tollste Burleske:
Berlin auf Stelzen!
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorher von 7 Uhr ab: Garten-Konzert.
Bei ungünstiger Witterung im grossen Theatersaal.
Familien-Vorzugskarten täglich giltig.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Abtheil. von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten.
Berg-Trio, türkisch-gymnastisches Potpourri. The 3 Forleys, chinesische Excentrics. Gebr. Milardo, Grotesque-Duettisten. Elly Viola, Kostümsoubr. Mr. Ranella, Kautschukmensch. Max Theo, Handequilibrist. Jan and Jim, Knockedouts. Morleys, Fata Morgana.
Ballet, Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5–10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu! Alpenglühen.

Castan's Panopticum.
Major Gra. Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Gerö Gynlay . . . Edi Blum.
Sarolta . . . . . Fanesi Tornay.
Erdödy Arpád . . Sigm. Lieban.
Oberphosphor — Henry Bender.
Sataninchen — Ada Milani.
Koloman — Robert Steidl.
Fiorette Fleury . . Lina Goltz.
Piccolino . . . . Marg. Lieban.
Ferner Auftreten von:
Spezialitäten allerersten Ranges.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Mark
(siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes Programm!

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Berlin, wie's lebt und liebt.
Posse mit Gesang in 5 Bildern von R. Linderer u. J. Seitz.
Musik von Hübner-Trams.
Vorher:
Theodora.
Schwank in 1 Akt von Höppner.
Auftreten von Spezialitäten.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Wedding-Park
Müllerstrasse 178.
In dem 3000 Personen fassenden Garten mit schönen Lauben
Jeden Donnerstag:
Kinder- u. Familien-Fest.
Entree 10 Pf., wofür jedes Kind ein Geschenk erhält.
Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet.
7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen.
Franz. Billards.
Belustigungen aller Art.
Wilhelm Trapp.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.

Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Onkel auf Reisen.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Pahlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Kuba.
Burleske in 2 Bildern v. Victor-Roeder.
Vollständig neues Spezial-Programm.
Anf. d. Konz. 4½, d. Vorst. 5½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Ostbahn-Park.
Am Küstriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Meine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Actien-
Brauerei Friedrichshain
früher Lips. Am Königsthor.

Heute, sowie jeden Donnerstag:
Garde-Schützen-
(in Uniform)
Frei-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Morgen Freitag:
V. Garde-Regiment z. F.
Frei-Konzert.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 13. August 1898, in **Carl Joël's** Viktoria-Garten Köpnicker Landstrasse. **Treptow.** Köpnicker Landstrasse.

Chinesische Nacht

arrangirt von den
Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises
bestehend in
Grossem Instrumental-Konzert
unter Leitung des Herrn **W. Guttmann.**
Gesangs-Aufführungen von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes unter Leitung des Herrn Appelt.
Volksbelustigungen aller Art.
Große Verloosung von Japan- und China-Waaren direkt aus Kiautschou. — Im Saale von 4 Uhr ab: **Grosser Ball.** — Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf. — Die Kaffeeküche ist geöffnet.
215/15 **Das Komitee.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 11. August, abends 8½ Uhr:
Große Versammlung der Maurer Berlins u. Umg.
bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung: Die Kämpfe des Zentralverbandes der Maurer mit der deutschen Unternehmer-Organisation in der Vergangenheit und Gegenwart. Referent Kollege **Silberschmidt.** 2. Der Stand unserer Bewegung.

NB. Alle Mitglieder und Anhänger der Zentralorganisation der Zahlstellen Berlin II, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg, Wilmersdorf und Schmargendorf werden hierdurch aufgefordert, für einen guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend. (Zentralverband deutscher Maurer.)
263/1 J. A.: Wilh. Fritsch.

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 16. August, abends 8½ Uhr, im Lokal Sanssouci, Kottbuserstr. 4a:
Grosser Populär-Astronomischer Vortrag
von **F. S. Archenhold,** Direktor der Treptow-Sternwarte: **„Ueber die Kometen, Sternschnuppen und Weltuntergangs-Prophezeihungen"** mit zahlreichen erläuternden Licht- und Drehbildern.
Entree à Person 20 Pf.
Um zahlreichen Besuch bitten
215/17 **Die Vertrauenspersonen.**

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
CARL HAGENBECK's INDIEN
Heute, Donnerstag, den 11. August:
Um 8 Uhr abends in der Riesenarena!!
Taufe
des am 16. Juli geborenen zweiten Hindu-Knaben.
Gr. Buddhaistische Feierlichkeit
mit Blumen-Korso und Massen-Festumzug.
Schaustellungen in der Arena: 6 und 8 Uhr nachmittags.
Ab 4 Uhr: Gr. Militär-Doppelkonzert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenheide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Alma und **Hans Bellini. Mlle. Dumont,** Serpentin-Tänzerin. **The Mezetto's. Karl Gursch,** Tanzkomiker. **Paul Frey,** Humorist. **Franziska Wünsch,** Operettensängerin. — **Neu! Das Gänsegretel.** Volksstück in 2 Bildern von Johannes Eißner. — **Neu! Karoline.** Schwank in 1 Akt von Ely.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Sonntag, 14. August: Dampfer-Extrafahrt nach Teupitz.
Abfahrt 7 Uhr morgens von der Stralauerbrücke Nr. 5, zwischen Janowitz- und Waisenbrücke. Fahrpreis Hin- und Rückfahrt 2 M.
5763L* **L. Kahnt,** Steinstr. 26.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. **Schweizer Garten.** Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3–6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. **Entree 30 Pf.**
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Heut und folgende Tage:

Schellfisch	pro Pfund	12–20	Pf
Cabliau	„ „	15–20	„
do. im Ausschnitt	„ „	25–30	„
Seehecht	„ „	25	„
do. im Ausschnitt	„ „	30	„
Seelachs	„ „	15	„
do. im Ausschnitt	„ „	25	„
Bratschollen (Flundern)	„ „	[25–30	„
Rothzungen	„ „	30	„
Eis-Plötzen	„ „	20–25	„
„ **Barse**	„ „	40	„

Alle anderen Fluss- und Seefischarten sowie Hummern u. Krebse zu niedrigsten Tagespreisen.
G.124/12 **16. Dragoner-Strasse 16.**
Otto Gundermann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Morgen, Freitag, abends 8¼ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20–22:
Sitzung der Ortsverwaltung und der Werkstatt-Kontrollkommission.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
5361L* **Karl Mittag,** Oekonom.

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei [5517L*
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Oesterreicher!
Wo treffen wir uns? 5712L*
Im Glühlichterl', Brandenburgstr. 54. „Wiener Arbeiterzeitung" „Glühlichterl'" liegen aus. Speisen u. Getränke zu zivilen Preisen.

Technikum Frankenhausen am **Kyffhäuser Schule**
Baugewerk- Tiefbau- Eisenbahnbau- Polier-
Dir. Pet. Krug.
Neue einfache Lehrmethode
Staatl. gel. Abgangsprüfung
W.-Sem. Anf. 3. Nov. Vorunt. 10. Okt.
Programme kostenlos.

Wegen Räumung!
Sophastoff-Reste
ausreichend zu Bezügen, in Wollrips, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, **nur gute Qualitäten, spottbillig.**
J. Adler Teppichhaus
Spandauerstraße 30,
vis-à-vis dem Rathhause.

Ausschneiden! **?** 5% Rabatt!
Warum verdient die Privat-Zahn-Klinik von **F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?
Ausschneiden! **!** 5% Rabatt!
Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einsetzt.
Spezialität: Behandlung ängstlicher und empfindlicher Personen. 5065L*

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Nb. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20, I.

Die besten Schirme, Stöcke, Reparaturen u. Bezüge bei [3635
J. Bierlein, Artilleriestr. 25.

Möbel kauft jeden Posten. Off. unt. „M." Ann.-Bur. Linienstr. 203/4.

„Hilfe"
für jedermann in Krankheitsfällen durch baare Geldunterstützung erhält man für äußerst billige Monatsbeiträge bei der Krankenkasse „Hilfe", Berlin SO., Skalitzerstr. 82, I, am Schlesischen Thor. 3725
Agenten allerorts gesucht.

Die Beleidigung, die ich Herrn Feidel, Forsterstr. 42, zugefügt habe, nehme ich zurück. H. Sauerbaum.

Billig! Knabenanzüge! Billig!
Waschanzüge, Mädchenkleider preisw.
O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Fahrräder!
nur erstklassig, verkauft zu äußerst niedrigen Preisen [5581L*
Fr. Stange, Oppelnerstr. 7 I.

Schwiegermutterlikör, großartig, 1 Geschm. ¾ Ltr.-Fl. inkl. 1,25. **A. Geisler,** Veteranenstr. 4. 5657L*

Möbel auf Theilzahlung
J. Kellermann,
Neue Jakobstr. 26.

Arbeitsmarkt.

Frau wünscht Waschstellen Adalbertstraße 90, V.

Kartonarbeiterin verl. Markusstraße 50, Hof I. 3695*

Tüchtige Versilberer verlangt Admiralstr. 7. M. 29/9

Manf. auf Damen-Jacketts verlangt Orlowsky, Göckiterstr. 70, v. 2 Tr.

Vergoldergehilfen auf feine Politurleisten verlangt **Müller,** Grüner Weg 56. 3778

Berufs-Agenten für Krankenkasse „Hilfe" unter sehr günstigen Bedingungen gesucht. 3715
Suddirektion Skalitzerstr. 82, I, am Schlesischen Thor.

Fardigmacher verl. Wienerstr. 9. [3689

Stereotypeur, Galvanoplastiker (Fertigmacher), **Präger** sucht [M29/10
Fischer, Neanderstr. 27.

Pappenzuschneider. [3626 perfekten, bei hohem Lohn verlangt Kartonfabrik Neue Friedrichstr. 48.

Mädchen für leichte Handarbeit verl. Starke, Immanuelkirchstr. 34.

Stuhlflechterinnen im Hause vl. Birkholz, Reichenbergerstr. 96a. [3705

Tüchtige Stärkerin vl. Joh. Berenson, Greifswalderstr. 13.

Geübte **Belegerinnen** auf Goldleisten gesucht Liegnitzerstr. 15. [3695

Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt, Rummelsburg, Prinz Albertstr. 5a, im Zigarrengeschäft.

Carton-Arbeiterinnen v. Fürstenstr. 7.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.